

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.1 - 62. Jahrgang

14. Januar 2012



Es wurde Zeit: Mitarbeiter einer Werbefirma montieren die SPD-Uhr an der Müllerstraße.

Foto: Horb

Mit der Zeit gehen

„Gehen Sie mit der Zeit“ empfiehlt die Berliner SPD. Und damit das jederzeit möglich ist, steht seit dieser Woche eine Uhr auf dem Mittelstreifen der Müllerstraße, genau gegenüber dem Kurt-Schumacher-Haus. Mitarbeiter einer Werbefirma, Abteilung Hinweismedien, sorgten am Montag für ein festes Fundament und brachten die Uhr in Position - pünktlich eine Stunde vor der Sitzung des SPD-Landesvorstands. Die Anlage ist von der SPD gemietet worden. **BS □**

Bahn nicht käuflich

Die Deutsche Bahn will weder die S-Bahn Berlin noch Bahnzüge an den Berliner Senat verkaufen. Das hat sie jetzt in einem Schreiben an Verkehrssenator Michael Müller mitgeteilt, der diese Frage bei einem Treffen mit Bahnchef Grube angesprochen hatte. Die Bahn will auch künftig als Betreiber des S-Bahn-Netzes auftreten. Konkurrenten verfügen bislang nicht über die nötigen Spezialzüge. **BS □**

Landesregierung:

Eine menschliche Metropole

Klaus Wowereit stellte Richtlinien der Politik vor

Die Stärkung der Berliner Wirtschaftskraft, die Förderung neuer Arbeitsplätze, ein besserer Schutz vor zu hohen Mietsteigerungen - das sind wichtige Ziele des Berliner Senats. Am Donnerstag legte der Regierende Bürgermeister die Richtlinien seiner Politik vor.

„Wir wollen Berlin zu einer starken und menschlichen Metropole entwickeln“, so Klaus Wowereit. Der Senat habe sich ein wichtiges Ziel gesetzt: weiteren wirtschaftlichen Aufschwung und damit mehr und bessere Arbeitsplätze. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge soll künftig der Mindestlohn von 8,50 Euro gelten.

Berlin sei nicht mehr abgekoppelt von der wirtschaftlichen Entwicklung des übrigen Bundesgebietes, so Wowereit. „Wir wollen beherzt die Probleme angehen, die ein solcher Aufschwung mit sich bringt.“ Das betreffe die Verkehrsinfrastruktur oder steigende Mieten. „Dieser Senat stellt sich seiner sozialen Verantwortung für alle Menschen.“ Wichtigstes Datum sei für Berlin die Eröffnung des Flughafens BER.



Eine Politik für die ganze Stadt: Klaus Wowereit im Abgeordnetenhaus. Foto: Andrea Kroll

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh betonte, dass in der rot-schwarzen Koalitionsvereinbarung „neoliberalen Dogmen eine klare Absage“ erteilt wurde. Die Einigungen zum Mindestlohn, zum Schulfrieden und das Ziel, mehr öffentlichen Einfluss in der Daseinsvorsorge zu erreichen, sind für Saleh wichtige Eckpunkte. „Ich bin zufrieden, dass wir es geschafft haben, mit den Konservativen eine linke Politik zu betreiben. Zugleich finden sich beide Parteien wieder.“ **U.H. □**

Polen soll auf AKW verzichten

Michael Müller unterstützt Brandenburger Vorstoß

Berlin schließt sich den Brandenburger Bedenken gegen den geplanten Bau eines polnischen Atomkraftwerks an. „Entscheidungen zur Nutzung von Kernenergie sind vor dem Hintergrund der Katastrophen von Tschernobyl und Fukushima nicht mehr nur eine energiepolitische Angelegenheit“, betonte Stadtentwicklungssenator Michael Müller.

Die Europäische Union sei nach seinem Verständnis ein gemeinsamer politischer Raum, in dem darauf geachtet wird, welche Wirkungen und Folgen nationale politische Entscheidungen auf alle Bürgerinnen und Bürger haben. Vor diesem Hintergrund forderte Müller die polnische Regierung

auf, die Bedenken der angrenzenden Staaten ernst zu nehmen und das Risiko noch einmal neu abzuwägen. Polen dürfe aber in

IN DIESER AUSGABE:

CYBER-WAR	S. 2
HOCHSCHULZULASSUNG	S. 7
BERLINER NACHKRIEGSZEIT (TEIL 3)	S. 10
RAUSCHENBACH STELLT AUS	S. 16

der Frage der Energieversorgung nicht alleine gelassen werden, so Müller. „Wir haben die Aufgabe und Pflicht im europäischen Rahmen über gemeinsame Projekte zur zukunftsfähigen und ressourcenschonenden Energieversorgung über Grenzsteine hinweg nachzudenken.“ **BS □**

Wulff-Affäre:

Kein Respekt nirgendwo

Der Präsident, der trotzdem weitermacht. Aber wie?

Der Respekt ist weg. Dass Bundespräsident Christian Wulff am Ende seiner Amtszeit noch eine Bilanz vorlegen kann, auf die er stolz sein kann, scheint derzeit ziemlich ausgeschlossen. Internet-Nutzer und Medien machen sich lustig über ihn. Und die Bild-Zeitung präsentiert die besten Witze auf ihrer Internetseite.

In der jetzt losgetretenen Vorwurfs-Lawine gegen Wulff rollen Fragen mit, die der dringenden Aufklärung bedürfen. Aber ebenso Nebensächlichkeiten, Belanglosigkeiten, Unterstellungen. Längst haben sie alle ihre Würde verloren: der Präsident, der sich die Opferrolle aussucht, die Zeitung, die seinen Mailbox-Anruf nicht selbst veröffentlicht sondern öffentlich werden lässt - scheinbarweise.

Wulff, mit viel Parteitaktik gegen einen honorigen Kandidaten durchgesetzt, hat es in den anderthalb Jahren seiner Amtszeit verpasst oder nicht vermocht, mit Reden und öffentlichen Auftritten so viel Gewicht zu bekommen, dass er nun auch zuvor gemachte Fehler souverän eingestehen kann. Einmal hatte er kurz versucht, sich vom

schwarz-gelben Lager abzusetzen (Der Islam gehört „inzwischen auch zu Deutschland“). Viel mehr blieb nicht.

So war sein Kapital als Präsident nicht die intellektuelle Anregung sondern das Bild der Anständigkeit, das er vermitteln wollte, der Musterschüler made in Germany. Gerade sein Bestreben, fehlerfrei zu erscheinen, ist ihm nun zum Verhängnis geworden. Fehler gehören mit zur Lebenserfahrung. Und damit auch der Umgang mit ihnen. Das Eingestehen von Fehlern und das Lernen aus ihnen können gar zu neuem Respekt führen. Das Schönreden nicht.

Ein Präsident kann nicht entlassen werden. So bleibt er und wird künftig jeden Satz, den er in seinem Amt sagt, genau prüfen müssen: Wendet er sich gegen ihn? Und wenn er moralische Ansprüche formuliert, werden sie ihm dann wieder entgegengehalten?

Gewinner der Affäre ist die Bild-Zeitung, die sich billig ein Image als investigatives Blatt verpassen konnte. Und die Kanzlerin, die sich nun wieder positiv von Wulff abhebt.

Ulrich Horb □

Internet:

Cyber-Krieg entbrannt

Anonyme Hacker machen Jagd auf Nazi-Websites

Es hat etwas Martialisches an sich. Seit mehr als zwei Wochen werden auf dem Internet-Nachrichtenkanal Twitter im Stundentakt von Hackern der „Anonymus Anarchists“ Erfolgsmeldungen verbreitet: Nazi-Websites wurden gehackt, Kundenlisten von rechten Versandhäusern veröffentlicht. Auf Internetseiten der rechtsradikalen Szene werden im Gegenzug Anleitungen verbreitet, wie den Angriffen zu begegnen ist. Es herrscht Cyber-War.

„OpBlitzkrieg“ haben Hacker, die sich der Gruppe Anonymus zurechnen, die Aktion genannt, die sie auch als Reaktion auf die rechtsextreme Mordserie der NSU sehen. Auf einem Portal „NaziLeaks“ wurden ältere Datensammlungen aus der rechten Szene zusammen mit neueren gehackten Kundendaten von Thor Steinar oder Aryansbooks oder den Mailadressen amerikanischer Nazis veröffentlicht. Durch gezielt eingesetzte Massen Anfragen an Server der rechten Szene wurden diese zumindest vorübergehend unerreichbar. Ein Mittel, für das auch in der rechtsradikalen Szene Anleitungen kursieren.

Anonymus hatte zuvor bereits Pädophile

oder Scientologen im Visier oder hackte Websites von Bezahlservices, die das Portal „WikiLeaks“ nach der Veröffentlichung geheimer US-Daten boykottiert hatten. Die aktuelle Selbstjustiz, versehen mit dem Bild eines über die Knie gelegten Nazi-jungen, stößt jetzt aber auch im Internet auf Widerspruch, weil etwa die Publikation persönlicher Daten von Kunden rechter Bekleidungsäden als weitgehend nutzlos empfunden wird.

Die Justiz allerdings zeigt sich derzeit noch machtlos im Kampf gegen Rechtsextremisten. Während Kinderpornographie auch in den USA ohne Probleme verfolgt werden kann, fallen viele Äußerungen Rechtsradikaler dort unter die Meinungsfreiheit. Ein Grund, warum sich auch deutsche Betreiber aus dem rechtsradikalen Umfeld hinter US-Internet-Adressen verbergen. So verfolgt die Berliner Justiz nicht mehr die Verantwortlichen, die hinter der Internetseite des „Nationalen Widerstands“ Berlin stecken und die etwa eine Auflistung „linker Läden“ ins Netz gestellt haben. Das dort aufgeführte Anton-Schmaus-Haus der Falken brannte bereits zweimal.

BS □

POLITIK PERSÖNLICH

Ephraim Gothe, von 2006 bis 2011 Bezirksstadtrat im Bezirksamt Mitte von Berlin, ist zum Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt ernannt worden. Gothe war von 1994 bis 2006 in der Senatsverwaltung Bau- und Wohnungswesen tätig.

Daniela Augenstein, bislang Pressesprecherin der Berliner SPD, ist Anfang Januar in die Pressestelle der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung gewechselt. Dort leitet sie künftig die Pressearbeit für Senator Michael Müller.

Thorsten Metter, bisher Pressesprecher der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses, ist neuer Sprecher der Senatsverwaltung für Bildung. Er folgt auf Christian Walter, der nach dem Umzug der Geschäftsstelle der Leibniz-Gemeinschaft von Bonn nach Berlin dort am 1. Februar seine Tätigkeit als Pressesprecher und Leiter des Referats Kommunikation aufnimmt.

Claudia Stäuble, bislang Mitarbeiterin in der Pressestelle der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses, ist als Nachfolgerin von Thorsten Metter mit der Leitung der Pressearbeit betraut worden. **uh □**

Stellenausschreibung:

Bürgerservice sucht Verstärkung

Beim SPD - Landesverband Berlin ist zum nächst möglichen Zeitpunkt eine Stelle als Aushilfskraft im Bürgerservice der Berliner SPD zu besetzen. Die Aushilfstätigkeit ist bis zum 31.12.2012 befristet. Die Wochenarbeitszeit beträgt 20 Stunden. Der Tätigkeitsbereich umfasst die eigenverantwortliche Büroorganisation, die Zusammenarbeit mit Parteigremien vor Ort sowie die selbstständige Beantwortung von Bürgerzuschriften und -telefonaten. Die vollständige Ausschreibung im Internet unter www.spd-berlin.de, Bewerbungsschluss ist der 17. Januar 2012. **BS □**

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Abo-Service: Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

Druckerei: KORRekt Mailingservice Berlin

Senat

Berlin bleibt eine Stadt für alle

Ziele der Senatsarbeit festgelegt - Aufgabenverteilung abgeschlossen

Die organisatorischen Fragen sind weitgehend gelöst, die Aufgabenverteilung im Berliner Senat ist klar. In dieser Woche wird der Senat mit der Ernennung von Thomas Heilmann (CDU) zum neuen Justiz- und Verbrauchersektor auch wieder vollständig.

Am Dienstag hat der Senat die noch offenen Zuständigkeiten geregelt. Zwar bleibt die Hauptzuständigkeit im Personalbereich weiter bei der Innenverwaltung, Verhandlungspartner der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes wird aber in Zukunft die Senatsverwaltung für Finanzen sein. Die Zuständigkeit für die Charité liegt bei der Wissenschaftsverwaltung. Neu ist u. a. die Zuständigkeit der Senatskanzlei für Netzpolitik sowie für den Aufbau eines Musicboard. Im Bereich der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen werden die Aufgaben aufgenommen, die aus dem Partizipations- und Integrationsgesetz in der vergangenen Legislaturperiode entstanden sind.

Die grundlegenden Ziele des Senats hatte Klaus Wowereit bereits in seiner Neujahrsansprache deutlich gemacht: Berlin soll eine Stadt für alle bleiben. es geht um die Stärkung des Zusammenhalts, neue Arbeitsplätze, Mieterschutz. Berlin, so Klaus Wowereit, sei „eine Stadt, in der die Mischung stimmt, eine Stadt, in der es aufwärts geht – und das nicht nur für wenige,



Wahlplakat 2011: Wirtschaft und Arbeitsplätze stehen auch weiter im Mittelpunkt. Foto: Horb

sondern für alle“. „Unsere Stadt ist gerade deshalb so attraktiv, weil Berlin weltoffen und tolerant ist“, sagte Klaus Wowereit. „In Berlin wird man schnell heimisch. Berlin bietet jungen Menschen gute Bildung. Berlin ist eine familienfreundliche Stadt, in der Jüngere und Ältere sich wohlfühlen. Das soll auch in Zukunft so bleiben. Aber das kommt nicht von selbst. Wir alle müssen uns anstrengen. Die Politik genau so wie die Bürgerinnen und Bürger. Gemeinsam mit Ihnen wollen wir die Herausforderungen annehmen. Jetzt geht es darum,

dass wir die Stärken unserer Stadt ausbauen, damit die positive Entwicklung von Dauer ist und alle davon profitieren.“

Klaus Wowereit setzte sich dafür ein, dass diese Berliner Mischung erhalten bleibt. „Eine Stadt für alle heißt auch: offen zu sein für Menschen aus allen Teilen Europas und der Welt, die nach Berlin kommen, um hier zu leben und zu arbeiten. Dadurch ist eine große Vielfalt entstanden, auf die wir so stolz sein können. Die wir aber auch schützen müssen. Das ist unsere gemeinsame Aufgabe.“ Rechtsradikalen Angriffen müsse entschieden entgegengetreten werden. „Es ist unerträglich, dass Nazis Steuermittel für ihre Hetze nutzen können. Damit muss endlich Schluss sein. Der Berliner Senat setzt sich daher für ein Verbot der NPD ein.“

Berlin werde den eingeschlagenen Weg fortsetzen, betonte der Regierende Bürgermeister. „Wir investieren in Bildung und in eine solide wirtschaftliche Entwicklung. Und wir fördern das soziale Miteinander. Beides gehört zusammen. Beides zusammen wird Berlin weiter voranbringen.“

BS □

Reinickendorf:

Bürgerbeteiligung für das Flughafengelände Tegel

Die SPD-Fraktion Reinickendorf hat die frühzeitige öffentliche Auslegung der Bebauungspläne für das Flughafengebiet durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt begrüßt.

„Damit haben interessierte Reinickendorferinnen und Reinickendorfer bis zum 9. Februar 2012 die Möglichkeit, sich über die Pläne für das Areal zu informieren und ihre Anregungen zu äußern“, erklärt der baupolitische Sprecher der Reinickendorfer SPD-Fraktion, Ulf Wilhelm. „Am Standort des Flughafens Tegel soll ein Forschungs- und Industriepark mit dem Schwerpunkt Zukunftstechnologien entstehen. Die Bebauungspläne sind ein wichtiger Meilenstein dafür“, betont Ulf Wilhelm.

Die Pläne kann man auf unterschiedliche Art und Weise einsehen: Sie liegen in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt in der Brückenstraße 6 in Berlin-Mitte und im Bauberatungszentrum im Rathaus Reinickendorf aus. Besonders bürgerfreundlich ist auch, dass die Senatsverwaltung die Beteiligung auch online auf der Internetseite <http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/b-planverfahren/de/fruehbb/> ermöglicht.

PM □

Berlin hat mehr Arbeit

Dilek Kolat: Älteren Beschäftigten bessere Chancen geben

Erfreut über die sinkenden Arbeitslosen-Zahlen in Berlin ist Arbeitssenatorin Dilek Kolat. Mit 213 019 Arbeitssuchenden sank die Zahl verglichen mit Dezember 2010 um 5,500 (0,5 %). Damit liegt die Arbeitslosenquote für Berlin auf dem niedrigsten Stand für einen Dezember seit 17 Jahren.

„Diesen positiven Trend weiter zu verstärken wird eine Kernaufgabe meiner Senatsverwaltung sein“, so Dilek Kolat. Erfreulich sei, dass auch der saisonale Anstieg im Dezember mit nur 0,1 % schwächer ausgefallen ist.

Durch die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hat auch die Erwerbstätigkeit der über 55-Jährigen bis unter 65-Jährigen in Berlin zugenommen. Die Erwerbstätigenquote stieg von 40,4 % im Jahr 2005 auf 53,6 % im Jahr 2010. Gleichwohl ist die Erwerbsbeteiligung im Vergleich zum Bund immer noch unterdurchschnitt-

lich, hier lag die Erwerbstätigenquote 2010 bei 57,7 %.

„Berlin verfügt über einen hohen Zuwachs an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung“, so die Arbeitssenatorin. „Dieser Trend hat sich aber noch nicht ausreichend bei den älteren Beschäftigten niedergeschlagen. Hier besteht seitens der Unternehmen noch Handlungsbedarf.“ Es werde in Zukunft darum gehen, ältere Erwerbsfähige länger und zudem gesund im Arbeitsprozess zu halten und älteren Arbeitssuchenden bessere Chancen zu geben. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung unserer Gesellschaft und dem zunehmenden Fachkräftebedarf werde es immer bedeutsamer, sowohl ältere Beschäftigte länger als auch ältere Arbeitssuchende stärker an der Erwerbstätigkeit zu beteiligen. Dazu solle auch das Programm BerlinArbeit dienen, das derzeit entwickelt wird, so Dilek Kolat.

PM □

Anders Bauen, Wohnen und Leben

Ausstellung zu Geschichte und Zukunft der Genossenschaften

Mit einer Ausstellung zur Geschichte und Bedeutung der Berliner Wohnungsbaugenossenschaften startet das August Bebel Institut am 16. Januar in das von den Vereinten Nationen ausgerichtete „Internationale Jahr der Genossenschaften“. Als Begleitprogramm finden Veranstaltungen zu unterschiedlichen Themen der Genossenschaftsbewegung in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft statt.

Genossenschaften wuchsen Anfang des 20. Jahrhunderts zu einer starken „dritten Säule“ der Arbeiterbewegung heran, getragen vom Prinzip der demokratischen Selbsthilfe. Berlin war nicht nur ein Gründerzentrum der historischen Genossenschaftsbewegung, sondern ist davon noch heute, vor allem durch seine vielfältigen und starken Wohnungsbaugenossenschaften, geprägt.

Genossenschaftliche Potenziale in der Stadt sollten heute aber noch wesentlich stärker genutzt werden, fordern etwa Jörg Dresdner vom Erbbauverein Moabit, der Wirtschaftsjournalist Karl-Heinz Möller und Barbara von Neumann-Cosel vom Genossenschaftsforum e.V. in einem gemeinsamen Thesenpapier. In den Genossenschaften stehe das Mitgliederinteresse vor dem Profitdenken: „Genossenschaften bilden eine Unternehmensform, in der wirtschaftliche Notwendigkeiten, soziale Kompetenz und demokratische Strukturen vereint zum Wohl der Mitglieder wirken. Ge-



Bild der Rixdorfer Baugenossenschaft „Ideal“.

nossenschaften müssen in marktwirtschaftlichen Strukturen bestehen, die besondere genossenschaftliche Rechtsform garantiert hier jedoch den Vorrang von Bewohnerinteressen vor Renditeoptimierung.“ Die Gemeinsamkeit in der Genossenschaft, das ehrenamtliche Engagement seien wesentliche Stärken. Zudem halten

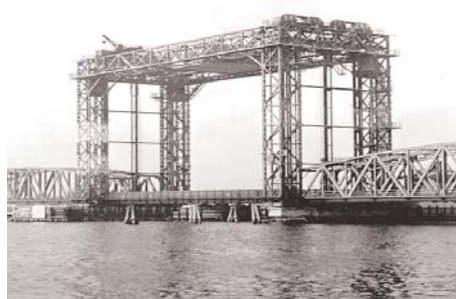
Unterstützung wächst

Aktionsbündnis Karniner Brücke setzt auf schnelle Verbindung

Mit Freude haben die Usedomer Sozialdemokraten vernommen, dass die Berliner SPD-CDU-Koalition das deutsch-polnische Bahnprojekt „Berlin-Usedom in 2 Stunden!“ unterstützen möchte und dies im Koalitionsvertrag festgeschrieben hat.

Auch die SPD-CDU-Koalition von Mecklenburg-Vorpommern hatte dies erst kürzlich verabredet. Das von der Usedomer SPD initiierte „Aktionsbündnis Karniner Brücke“ hofft nun auf den lange erwarteten politischen Schub für das Bahnprojekt. Es hat den neuen Berliner Verkehrssenator Michael Müller gebeten, die von der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns eingesetzte Arbeitsgruppe „TASK FORCE KARNIN“ durch ständige Mitarbeit zu unterstützen. **Günther Jikeli** □

➔ Mehr zum Projekt im Internet: www.karninerbruecke.eu.



Karniner Brücke 1933 - 1945: Berlin-Usedom in zwei Stunden. Der Hubteil steht als Rest der 1945 zerstörten Karniner Brücke immer noch inmitten des Peenestroms. Foto: Aktionsbündnis

➔ Nächster Stammtisch der Usedomer Eisenbahnfreunde e.V. am 10.2., 15:30 Uhr, Cafe Stresemann, Anhalter Bahnhof, Kontakt: guenther.jikeli@gmx.de

und pflegen Genossenschaften ihren Wohnungsbestand. „Grundsätzlich erfolgt kein Verkauf von genossenschaftlichen Wohnanlagen“, so die Autoren. Neue Wohnformen werden in Genossenschaften erprobt, sie strahlen mit ihren Aktivitäten auf angrenzende Quartiere aus. „Die Suche nach eigenständigen architektonischen und städtebaulichen Ausdrucksformen für das genossenschaftliche Bauen hat die Tradition des Reformwohnungsbaus in Berlin begründet. Kooperationen zwischen sozial orientierten, genossenschaftlichen Bauherren und engagierten Architekten schufen auch bauhistorisch einzigartige Wohnkomplexe.“

Die öffentlichen Förderungsprogramme sollten so zugeschnitten werden, dass sie künftig auch für Gemeinschaftseigentum genutzt werden können. Die Zeit, so die Autoren, sei reif für neue soziale Trägerformen, nicht nur im Berliner Wohnungsbau.

BS □

➔ So 15. Januar, 18-21 Uhr - „Berlin Babylon“-Vorführung des Dokumentarfilms von Hubertus Siegert (D 1996-2001) und anschließende Diskussion mit Hella Dunger-Löper, Staatssekretärin, und Andrej Holm, Stadtsoziologe Movimiento Kino, Kottbusser Damm 22, Berlin Kreuzberg, U Hermannplatz o. Schönleinstr., Eintritt 5 €, Reservierung Tel. (030) 692 47 85

➔ Ausstellungseröffnung, Montag 16. Januar, 17-19 Uhr, Grußworte von Michael Müller, Senator für Stadtentwicklung; Barbara von Neumann-Cosel, Genossenschaftsforum e.V.; Ingo Siebert, August Bebel Institut, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin

➔ Do 19. Januar, 18-20 Uhr, „Gemeinsam mehr erreichen - Genossenschaften: ihre Geschichte und ihre Zukunft“ Mit: Siegfried Heimann, Vorsitzender der Historischen Kommission der SPD Berlin, Barbara von Neumann-Cosel, Genossenschaftsforum e.V.; Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin. Anmeldung erbeten bis 15. Januar [S71.2] unter Tel. 4692-121, kontakt@august-bebel-institut.de

➔ Do 26. Januar, 18-20 Uhr, „Weibliche Wege in Wohnungsbaugenossenschaften“ Mit: Christiane Droste, GF UrbanPlus und Autorin („Vielfalt fördern in Wohnungsbaugenossenschaften“) sowie Vertreterinnen der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Berliner Frauenwohnprojekten. Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin, Anmeldung erbeten bis 22. Januar [S71.3] unter Tel. (030) 4692-121, kontakt@august-bebel-institut.de

Erinnern mit dem Blick nach vorn

Vorbereitungen für das Jubiläum: 2013 wird die Sozialdemokratie 150 Jahre alt

Am 23. Mai 1863 wurde in Leipzig der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet - der Geburtstag der organisierten Sozialdemokratie. Seitdem haben sich Millionen von Mitgliedern für die Sozialdemokratie engagiert, manchmal unter widrigen Umständen und Verfolgung, mitunter sogar unter Todesangst, aber letztendlich doch aufrecht und mit viel Erfolg.

Für die SPD ist der Geburtstag nicht nur ein Grund in die Vergangenheit zu schauen. Vielmehr wollen wir inne halten, uns unsere Grundwerte und unsere Geschichte vergegenwärtigen, und hieraus neue Kraft gewinnen. Denn unsere Grundwerte - Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität - sind so aktuell wie am ersten Tag!

Neben dem Jubiläum am 23. Mai 2013 gibt es viele weitere Jubiläen, denen wir gedenken wollen. Beispiele sind: Der 100. Todestag von August Bebel am 13. August 2013 und der 100. Geburtstag von Willy Brandt am 18. Dezember 2013. 2013, das heißt auch, dass wir am 23. März 2013 an die Machtergreifung der Nationalsozialisten und an das Verbot, die Zerschlagung und die Verfolgung der Sozialdemokratie erinnern.

EINE BEWEGUNG, GETRAGEN
VON VIELEN

Unser Parteijubiläum zu begehen soll aber nicht nur heißen, dass wir den Leistungen von wenigen Männern und Frauen gedenken. Vielmehr gilt es deutlich zu machen, dass die SPD mehr ist als eine Partei, die um die Mehrheit in einem Parlament kämpft. Die Sozialdemokratie war und ist eine gesellschaftliche Bewegung, welche getragen wird von gemeinsamen Grundwerten und gemeinsamen Auffassungen. Mitglied der SPD zu sein, drückt somit nicht nur eine politische Geisteshaltung, sondern eine Lebenseinstellung aus. Auch das einzelne Mitglied in den Mittelpunkt der Veranstaltungen, Projekte und Aktionen zu stellen, lässt somit den besonderen Charakter der SPD deutlich werden.

DER BLICK ZURÜCK IST DER
BLICK NACH VORN

Der Parteivorstand plant nun schon seit über einem Jahr die großen Aktivitäten zum Parteijubiläum. Eingerahmt werden soll das Feiern unseres 150-jährigen Bestehens mit zwei Großveranstaltungen: Den Anfang markiert am 23. Mai 2013 ein Festakt im Leipziger Gewandhaus. Ihm soll sich ein Straßenfest in der Leipziger Innenstadt



Lars Düsterhöft ist Referent im Sekretariat „150 Jahre SPD“ im Willy-Brandt-Haus. Foto: privat

anschließen. Der Stadtverband Leipzig ist zudem bemüht, gemeinsam mit den umliegenden Kreisverbänden und dem Landesverband Sachsen eine Woche der Sozial-

**Nur wenn man weiß, woher
man kommt, kann man
auch wissen, wohin man will!**

demokratie in Leipzig zu organisieren.

Abschließend werden wir zu einem großen Deutschlandtreffen in Berlin vom 16. bis 18. August 2013 einladen. Dies wird neben dem Abschluss der Feierlichkeiten zum Parteijubiläum ein großer Beitrag zum Bundestagswahlkampf sein.

Zwischen diesen beiden Großveranstaltungen sind natürlich unzählige Veranstaltungen, Projekte und Aktionen geplant.

DIE PARTEI LEBT
IN DER FLÄCHE

Das Jahr 2013 soll ein Jahr der Sozialdemokratie in ganz Deutschland werden. Die Aktivitäten des Parteivorstandes können hierzu nur den Rahmen geben. Das Jubiläumsjahr wird erst dann lebendig, wenn in jedem Unterbezirk, in jedem Kreisverband und in möglichst vielen Ortsvereinen und Abteilungen Veranstaltungen, Aktionen und Projekte durchgeführt werden. Nur so kann es gelingen, möglichst alle Ge-

nossinnen und Genossen und möglichst viele Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. Wir wollen schließlich zeigen, dass wir zu Recht stolz sein können auf unsere Geschichte; stolz sein können Sozialdemokraten zu sein!

Um möglichst viele Veranstaltungen, Projekte und Aktionen anzuregen und allen Gliederungen bei diesen Aktivitäten zur Seite stehen zu können, waren in den letzten Monaten alle Landes- und Bezirksverbände sowie alle Unterbezirke und Kreisverbände aufgerufen, dem Sekretariat 150 Jahre SPD Beauftragte zu benennen. In den kommenden Wochen tagen nun die ersten Landesarbeitsgruppen, um die Beauftragten zu vernetzen und gute Ideen weiter zu geben. Wir unterstützen dies durch einen Newsletter und eine eigens für die Beauftragten eingerichtete Internetplattform, welche voraussichtlich Ende Januar 2012 zur Verfügung stehen wird.

Die Beauftragten der Gliederungen sind aber nicht nur die Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für das Sekretariat 150 Jahre SPD. Sie haben die Verantwortung alle interessierten Genossinnen und Genossen zu organisieren und gemeinsam Veranstaltungen, Aktionen und Projekte zu planen. Ein Workshop auf Unterbezirk- bzw. Kreisebene könnte ein erster Auftakt sein. Eine ausführliche Handreichung mit vielen Anregungen geht allen Beauftragten demnächst zu. Diese ist natürlich auch für alle anderen interessierten Genossinnen und Genossen beim Sekretariat 150 Jahre SPD zu erhalten.

Nur mit der Hilfe der Gliederungen kann es gelingen, das Parteijubiläum auf unterschiedlichste Weise in die Partei und die Öffentlichkeit zu tragen. Genügend frische, witzige und einfallreiche Ideen werden bestimmt in unserer Partei vorhanden sein. Die Gliederungen bei der Organisation zu unterstützen, ist Aufgabe von Andrea Hoffend. Sie steht, wie das gesamte Sekretariat 150 Jahre SPD, den Gliederungen zur Verfügung.

Ohne die Sozialdemokratie gäbe es keine soziale Demokratie in Deutschland. Welche Partei kann das von sich behaupten? Wir wollen aus der Geschichte lernen, um die Zukunft gestalten zu können.

Lars Düsterhöft □

➡ Bei Fragen, Ideen oder Problemen steht das Sekretariat „150 Jahre SPD“ zur Verfügung. So ist es zu erreichen:

Roland Klapprodt (Leiter des Sekretariats): 030 - 25991207, Mail: roland.klapprodt@spd.de

Lars Düsterhöft (Referent): 030 - 25991303; Mail: lars.duesterhoeft@spd.de

FRAKTION INTERN

Erste Parlamentssitzung 2012. Auf der ersten Sitzung des Abgeordnetenhauses im neuen Jahr am 12. Januar hat der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit in seiner Regierungserklärung die politischen Ziele für diese Legislatur erläutert. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh kündigte in seiner Rede wichtige Vorhaben für die Entwicklung Berlins an.

Vor der rot-schwarzen Koalition liegt eine Zeit, in der geschlossen hohe Anstrengungen und anspruchsvolle Aufgaben für das Wohl unserer Stadt erbracht werden müssen. Wir stehen am Anfang des gemeinsamen Weges politisch-parlamentarischen Handelns, der von wichtigen Beschlüssen und nachhaltigen Entscheidungen geprägt sein wird. Damit sich beide Regierungsfractionen auf die kommenden Aufgaben einstimmen können und sich noch besser kennen lernen, gab es eine kleine Jahresauftaktfeier direkt im Anschluss an die Plenarsitzung.

Im Internet gibt es Aufzeichnungen der Debatten im Plenum des Abgeordnetenhauses unter <http://www.rbb-online.de/imparlament/index.html>.

Abgeordneter lässt Ämter ruhen. Der SPD-Abgeordnete Rainer-Michael Lehmann lässt seine Ämter in der Fraktion ruhen. In der Fraktionssitzung teilte er mit, dass gegen ihn wegen des Verdachts des Betruges ermittelt wird. „Ich bin fest davon überzeugt, dass diese Ermittlungen eingestellt werden und sich der zugrunde liegende Verdacht nicht bestätigt“, sagte Lehmann.

Seine Ämter lässt der direkt gewählte Pankower Abgeordnete aus eigener Entscheidung bis zur Klärung der Vorwürfe ruhen, um „Schaden von der Fraktion abzuwenden“. Die Ermittlungen betreffen den privaten Bereich.

Der Fraktionsvorsitzende Raed Saleh betonte, dass Rainer-Michael Lehmann von seiner Art und seiner Arbeit ein sehr geschätzter Kollege ist. „Er hat die Fraktion offen informiert und das begrüßen wir“, sagte Saleh, „Wir vertrauen darauf, dass die Vorwürfe schnell geklärt werden.“

Fraktionsklausur. Von 20. bis 22. Januar 2012 fährt die SPD-Fraktion zu ihrer traditionellen jährlichen Klausurtagung. Sie findet in diesem Jahr in Rostock statt. Schwerpunkt ist die Wirtschaftspolitik.

Fraktion auf Facebook. Die SPD-Fraktion hat einen eigenen Account im sozialen Netzwerk Facebook eingerichtet. Unter der Adresse <http://www.facebook.com/pages/SPD-Fraktion-Berlin/289133734441736> stehen aktuelle Informationen über die Arbeit der Fraktion zur Verfügung.

cs □



Selbst Aktiv auf dem Bundesparteitag mit Sigmar Gabriel.

Foto: Selbst Aktiv

Anerkennung der Arbeit

„Selbst Aktiv“ wird reguläre Arbeitsgemeinschaft

Auf dem Berliner Parteitag der Sozialdemokraten wurde ein verkleinerter Parteivorstand gewählt. Kooptiertes Mitglied bleibt der Bundessprecher vom Netzwerk „Selbst Aktiv“, Karl Finke.

Das Netzwerk, das nach Einschätzung von Generalsekretärin Andrea Nahles zu einer der aktivsten Gruppierungen innerhalb der SPD gehört, kam am 3. Dezember zu seiner jährlichen Bundeskonferenz zusammen. Bei den Neuwahlen wurde erneut Karl Finke (Hannover) als Bundessprecher von „Selbst Aktiv“ bestätigt. Zu jeweils stellvertretenden Bundessprechern wurden die RegionalsprecherInnen gewählt: Christina Fuchs aus Mainz für die Region Süd, Karin Sarantis-Aridas aus Berlin für die Region Ost, Hans-Jürgen Krings aus Herford für die Region West und Gerwin Matysiak aus Hannover für die Region Nord.

„Zur Verwirklichung einer inklusiven, solidarischen Gesellschaft bedarf es auch innerhalb der SPD der Kompetenzübertragung in Form von selbstbestimmter Teilhabe behinderter Menschen in unseren eigenen Belangen“, stellte der sehbehinderte Sprecher von „Selbst Aktiv“ fest. Diesem Ziel sind wir ein ganzes Stück näher gekommen. Im Leittrag „Partei in Bewegung Organisationspolitisches Grundsatprogramm der SPD“ wird das Recht auf uneingeschränkte Teilhabe für Menschen mit Behinderungen auch innerhalb der Partei festgeschrieben: „Die Teilhabe an der Gestaltung sozialdemokratischer Politik soll für Menschen mit Behinderung in gleicher Weise möglich sein. Wir bekennen uns zur UN-Behindertenrechtskonvention. Unser Parteileben soll so organisiert sein, dass Menschen mit Behinderung ungehin-

dert und gleichberechtigt daran teilhaben können. Gleichberechtigte Teilhabe setzt die barrierefreie Zugänglichkeit von Räumen und Informationskanälen und die Verfügbarkeit der wichtigsten Informations- und Kommunikationsmittel voraus. Sie bedeutet die Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen und Wahlen ohne Beschränkung und vor allem die Mitentscheidung in Fragen, die die Belange von Menschen mit Behinderungen unmittelbar berühren. Beim Parteivorstand gibt es ein Beratungsangebot, um die Gliederungen bei der Ermöglichung der gleichberechtigten Teilhabe für Menschen mit Behinderung zu unterstützen“.

Damit das Wirklichkeit wird, bleibt viel zu tun, auch im Landesverband Berlin. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist der Beschluss des Bundesparteitages, dass „Selbst Aktiv“, das Netzwerk behinderter Menschen in der SPD, eine Arbeitsgemeinschaft der Partei wird. Diese Anerkennung unserer seit 2002 geleisteten Arbeit gibt uns künftig die Möglichkeit, mit Delegierten an den Parteitagen teilzunehmen und selber Anträge direkt einzubringen. Die Richtlinien für AGs werden in der nächsten Zeit für „Selbst Aktiv“ in Zusammenarbeit mit uns vom Bundesvorstand konkretisiert. Dann werden wir uns auch im Landesverband Berlin als AG konstituieren. Die Anerkennung unserer behindertenpolitischen Arbeit durch den Status einer AG ist Ausdruck dafür, dass die Partei die gleichberechtigte Teilhabe auch von Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen als Querschnittsaufgabe anerkannt hat. Gemeinsam wollen wir das voranbringen. **Karin Sarantis-Aridas (Stellv. Bundessprecherin und Sprecherin der Regionalgruppe Berlin)** □

Universitäten

Das Chaos wird fortgesetzt

Swen Schulz über die Hochschulzulassung: Schavan reitet toten Gaul

Mit großem Aufwand - immerhin 15 Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt - sollte ein neues „Dialogorientiertes Serviceverfahren“ für die Hochschulzulassung entwickelt werden. Ziel war, dass künftig transparent, schnell und einfach Studienanfänger/innen und Hochschulen zueinander finden. Denn aufgrund der unterschiedlichen Zulassungskriterien und Bewerbungsverfahren in den einzelnen Bundesländern und an den verschiedenen Hochschulen blieben im Endeffekt Studienplätze in fünfstelliger Größenordnung unbesetzt: allein im Wintersemester 2010/2011 waren es rund 19.300 Plätze. Diese Bewerber/innen konnten nicht studieren, obwohl es Platz gab - untragbar!

Von Anfang an gab es immer wieder technische Schwierigkeiten. Der geplante Start des Systems musste immer wieder verschoben werden. Ich habe in diversen Ausschussdiskussionen und Bundestagsdebatten gefordert, dass ein „Plan B“ entwickelt werden muss für den Fall, dass das System nie funktioniert. Doch alle Vorschläge wurden von der schwarz-gelben Koalition knallhart abgeschmettert.

Jetzt ist die Situation da: die Verantwortlichen mussten mitteilen, dass das System auch zum Semesterstart 2012/2013 nicht voll einsatzfähig ist. Es soll nun eine Art Pilotbetrieb mit einigen Studiengängen und



Swen Schulz.

Foto: SPD Berlin / Urban

Hochschulen geben. Dabei bringt das Verfahren letztendlich nur etwas, wenn alle Hochschulen mitmachen - das war auch unsere ausdrückliche Bedingung, als wir im Bundestag die Mittel (noch zu Zeiten der Großen Koalition) für die Systementwicklung freigegeben haben. Doch im Grunde geht es hier nur noch um den verzweifelten Versuch der Gesichtswahrung für die Verantwortlichen. Die Länder, vor

allem aber der Bund, hätten spätestens vor einem Jahr neue Wege beschreiten müssen. Doch Bundesministerin Schavan will den toten Gaul weiter reiten.

Tatsächlich steht Schavan jetzt blank da. Leidtragende sind die Hochschulen und vor allem die Studienbewerber, die dem fortwährenden Chaos ausgesetzt sind. Nötig sind jetzt energische Maßnahmen. Der Bund muss endlich das Heft in die Hand nehmen und mit Hilfe eines Bundesgesetzes für Koordination sorgen. Zwar wird mit einem Bundesgesetz auch keine Software ins Laufen gebracht. Doch es kann das Hauptproblem angepackt werden: der Wildwuchs unterschiedlichster Regelungen zur Zulassung.

Das ist natürlich nicht populär und erfordert eine Debatte mit den Ländern und Hochschulen darüber, wie die Zulassungskriterien und die Verfahren aussehen sollen. Auch ich hatte die erweiterte Autonomie der Hochschulen, sich nach eigenen Kriterien Studienanfänger/innen aussuchen zu dürfen, begrüßt. Dies hat ja auch Vorteile, etwa mit Blick darauf, dass Schulnoten allein nicht aussagekräftig genug sind. Doch was nützt die schönste Autonomie, wenn faktisch Chaos bei der Zulassung herrscht? Wir sollten endlich über ein neues, differenziertes Anspruchs genügendes Zulassungswesen diskutieren. Die SPD-Bundestagsfraktion ist dazu bereit.

Swen Schulz □

Durchschnittsrenten sind spürbar gesunken

Untersuchung der Böckler-Stiftung zeigt steigendes Armutsrisiko auf

Seniorenhaushalte haben in den vergangenen Jahren real an Einkommen verloren. Das betrifft vor allem Alleinstehende. Aber auch für viele Paare im Ruhestand wird es finanziell enger. Das zeigt eine neue, von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Untersuchung zur Einkommensentwicklung von Seniorenhaushalten.

Seit der Jahrtausendwende sinken die gesetzlichen Renten für Neu-Ruheständler im Durchschnitt spürbar. So kamen Neuzugänge im Jahr 1996 noch auf durchschnittlich 709 Euro monatliches Altersgeld. 2009 waren es dagegen nur noch 686 Euro. Das haben Falko Trischler und Prof. Dr. Ernst Kistler vom Institut für Internationale Sozialökonomie (Inifes) ermittelt. Der Trend wird sich fortsetzen, prognostizieren die Forscher. Denn die sinkenden Rentenan-

sprüche spiegeln mit zeitlicher Verzögerung Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt wider, die sich in jüngster Vergangenheit stark ausgebreitet haben: späterer Berufseintritt, instabile Erwerbsverläufe und Arbeitslosigkeit. Hinzu kommen die Rentenreformen des vergangenen Jahrzehnts, die das Niveau der gesetzlichen Alterssicherung absenkten, um die Beitragsätze zu stabilisieren.

Nur ein Teil der Arbeitnehmer habe Ausichten darauf, eine niedrigere gesetzliche Rente durch zusätzliche betriebliche oder private Altersvorsorge kompensieren zu können, beobachten Trischler und Kistler. So beziehen aktuell rund 31 Prozent der Männer und nur 7 Prozent der Frauen im Ruhestand Leistungen aus einer betrieblichen Altersvorsorge. Und Geringverdiener, so zeigen Studien, sorgen seltener privat

vor als Beschäftigte mit höherem Einkommen. Deshalb gehen die Wissenschaftler davon aus, dass die Alterseinkünfte zunehmend ungleich verteilt sein werden.

Insgesamt deutet vieles darauf hin, dass die Altersabsicherung im Schnitt „zukünftig deutlich niedriger ausfallen wird und damit auch mit einer Zunahme des Armutsrisikos im Alter zu rechnen ist“, schreiben die Experten in ihrem Forschungsbericht. Am stärksten werde das Alleinstehende im Rentenalter betroffen, die nur ihre individuelle Alterssicherung haben. In Paarhaushalten können sich die Partner gegenseitig unterstützen. Allerdings dürften auch dafür die Spielräume vielfach eher kleiner werden. Das schließen die Forscher aus ihren Berechnungen zur Einkommensentwicklung von Seniorenhaushalten zwischen 2003 und 2008. **PM** □

Kulturpolitik:

„Kultur muss unter die Leute“

Brigitte Lange: Mit kultureller Bildung so früh wie möglich beginnen

„Da denkt man manchmal: Die Kultur, sie kann uns am-! Sie soll uns nur-! Sie ist dazu imstand und tuts!“

So hat es einmal Erich Kästner formuliert. Wir bringen es auf folgenden Nenner: Sozialdemokratische Kulturpolitik bedeutet für die SPD „Kulturelle Demokratie“! Diese anlässlich einer Fachkonferenz der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft 1979 in Ludwigshafen öffentlich gemachte Aussage war für die Sozialdemokratie kulturpolitisch wegweisend. Hinzu kam die Entwicklung der „neuen Kulturpolitik“, definiert und konzipiert von führenden sozialdemokratischen Kulturpolitikern, wie Hermann Glaser (Bürgerrecht Kultur) oder Hilmar Hoffmann (Kultur für alle).

1981 ernannte der Parteivorstand Reinold Schattenfroh zum Kulturbeauftragten und 1982 legte dieser ein Papier mit kulturpolitischen Empfehlungen an den Parteivorstand vor. Mit der Aussage, dass Kulturfragen elementare Lebensfragen einer Gesellschaft sind, empfahl er u.a. dem Parteivorstand einerseits dafür zu sorgen, dass die Partei sich insgesamt den Problemen des tief greifenden kulturellen Wandels in seiner ganzen Breite öffnet, andererseits aber auch die auf jahrzehntelangen Traditionen beruhenden sozialdemokratischen Grundsätze in der Kulturpolitik zu bekräftigen und wieder stärker zur Geltung zu bringen. Aus dieser Initiative ging übrigens die Gründung des Kulturforums auf Bundesebene hervor, das seit dieser Zeit erfolgreich arbeitet. Mittlerweile wurden in jedem Bundesland, in vielen Städten und Kommunen regionale Kulturforen gegründet.

Kulturelle Demokratie bekräftigt demnach traditionelle kulturpolitische Grundwerte der SPD und beinhaltet folgende vier Punkte:

1. Kulturelle Chancengleichheit. Sozialdemokratische Kulturpolitik hat dafür Sorge zu tragen, dass durch entsprechende Bildungsangebote und Preisgestaltungen in öffentlich geförderten Einrichtungen für alle ermöglicht wird, an Kunst und Kultur teilzuhaben.

Schwellenängste und soziale Hemmschwellen sind abzubauen.

Weder der kleine Geldbeutel noch fehlende Bildungschancen dürfen eine Rolle spielen.

2. Partizipation. Kunst und Kultur sol-



Brigitte Lange ist kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus und stellvertretende Vorsitzende des Kulturforums Stadt Berlin der Sozialdemokratie. Foto: SPD Berlin

len nicht nur passiv erlebbar sein, sondern zu eigenem kreativen Handeln motivieren.

Die Bürgerinnen und Bürger sollen vom passiven Konsum zum aktiven Gestalten, Auseinandersetzen und Mitmachen angeregt werden.

3. Emanzipation. Kultur soll wesentlich dazu beitragen, eigene Bedürfnisse und Fähigkeiten zu entwickeln. Die Beschäftigung mit den Künsten soll die Herausbildung der eigenen Identität fördern.

4. Vielfalt der Kultur. Ein weiter Kulturbegriff beinhaltet, dass die Kultur für alle Lebensbereiche Bedeutung hat.

Zur Kultur gehören nicht nur die tradierten Kultureinrichtungen, wie Oper/Theater/Konzerte und Museen, sondern die vielen Formen des kulturellen Lebens.

„KULTUR FÜR ALLE“

Die neue Kulturpolitik in den 70er Jahren - vertreten von den Kulturpolitikern Hilmar Hoffmann oder Hermann Glaser - trat ebenfalls diesen sozialdemokratischen Anspruch von Kulturpolitik.

„Jeder Bürger muss grundsätzlich in die Lage versetzt werden, (kulturelle) Angebote in allen Sparten und mit allen Spezialisierungsgraden wahrzunehmen, und zwar mit einem zeitlichen Aufwand und einer finanziellen Belastung, die so bemessen sein muss, dass keine einkommensspezifischen Schranken aufgerichtet werden. Weder Geld noch ungünstige Arbeitszeitverteilung, weder Familie oder Kinder noch

das Fehlen eines privaten Fortbewegungsmittels dürfen auf die Dauer Hindernisse bilden, die es unmöglich machen, Angebote wahrzunehmen oder entsprechende Aktivitäten auszuüben.“ (Hoffmann 1979:11)

„Kultur für alle“ machte bundesweit Furore. Der bürgerliche Kulturbegriff der so genannten „Hochkultur“ erweiterte sich zu einer Breitenkultur, die alle Dimensionen des Lebens und Arbeitens beinhaltet.

Doch trotz des großen Erfolges der „Kultur für alle“ Bewegung verzeichnen Statistiken einen sinkenden Trend der Besuchszahlen in kulturellen Einrichtungen. Der Anteil der unter 40jährigen Besucher und Besucherinnen, die wenigstens einmal im Jahr eine Opernvorstellung besuchen, hat sich seit Mitte der 60er Jahre von 58 % auf 26 % reduziert (8. Kulturbarometer des Zentrums für Kulturforschung Bonn).

Wenn es stimmt, dass 50 % der Bevölkerung von den öffentlichen Kulturangeboten nicht erreicht werden und gerade mal 5-10 % der Menschen zu den Stammesbesuchern und Vielnutzern zählen, aus denen sich ein Großteil der statistisch erfassten Kulturbesuche rekrutiert, dann liegt es nahe, dass die Teilhabesteigerung der ohnehin kulturaktiven Menschen ausgereizt sein könnte. (Sievers: Tagung „Kultur bewegt“ Ev. Akademie Tutzing, 2008)

Und Hoffmann selbst ist wegen der kulturellen Bildung der Kinder der Meinung, dass das Ziel der Breitenkultur - „Kultur für alle“ - letztlich nur ansatzweise erreicht wurde. Die Versöhnung zwischen „Hoch- und Popkultur“ ist bisher nicht gelungen, wie er einräumt. Für ihn sind daran die Schulen schuld, weil die ästhetische Erziehung schon in der Grundschule beginnen müsste, wie er sagt.

ANLASS ZUM HANDELN

Und wenn wir uns die Frage stellen: „Was ist sozialdemokratische Kulturpolitik?“, dann gibt die Studie des „Jugendkulturbarometer 2004“ Anlass zum Handeln: Nur 15 % der Hauptschüler nahmen mit der weiterführenden Schule ein Kunst- oder Kulturangebot wahr, aber 73 % der Schülerinnen in Gymnasien wurden durch die Schule zum Konzert oder Museumsbesuch angeregt

Das Kulturangebot für Kinder unter 6 Jahren durch die Kita fiel ebenfalls sehr gering aus und lag bei 13 %. Was ist zu tun?

Kunst und Kultur dürfen kein Luxus für Besserverdienende oder für selbst ernannte Eliten sein. Deshalb hat sozialdemokratische Kulturpolitik Rahmenbedingungen

Fortsetzung von Seite 8

zu setzen und die Teilhabe für alle zu sichern.

Um Chancengleichheit zu gewährleisten, ist es nötig, kulturelle Bildung in allen Facetten anzubieten. Unabhängig von Geldbeutel und Alter muss der Zugang zu Kunst und Kultur erleichtert werden. Um partizipieren zu können ist kulturelle Bildung unverzichtbar.

Ziel der kulturellen Bildung ist, alle Menschen, alle Generationen, vor allem aber Kinder und Jugendliche zu befähigen am kulturellen Leben der Gesellschaft aktiv und selbstverantwortlich teilnehmen zu lassen.

Kulturelle Bildung schafft wichtige Voraussetzungen für erfolgreiche Integrationsarbeit und befähigt Menschen durch Auseinandersetzung mit Kunst ein selbst bestimmtes Leben zu führen.

„Alle Maßnahmen, die darauf ausgerichtet sind, Kinder für Kunst zu interessieren, sind demnach von entscheidender Wichtigkeit. Kaum ein Erwachsener ohne diese Wertvorstellungen oder Bildungshintergrund wird Oper oder Ballett mit fünfzig Jahren für sich entdecken. Dies mag natürlich vorkommen, aber dies sind eher Ausnahmen als allgemeine Muster.“ (Colbert 2002:45)

Insofern ist der Berliner Projektfonds „kulturelle Bildung“ sehr zu begrüßen. Kinder und Jugendliche bekommen durch den mit zwei Millionen Euro gefüllten Fonds, die Chance, künstlerisches und kulturelles Leben in allen Facetten kennen zu lernen.

Im Zentrum stehen Kooperationsprojekte, welche Erlebnisse mit den Künsten, mit ihren ästhetischen, intellektuellen und emotionalen Potentialen, mit den aus den Künsten zu gewinnenden Genüssen und Herausforderungen ermöglichen. (Förderlinien des Berliner Projektfonds Kulturelle Bildung in der Fassung vom 21.4.2008)

Wir werden den Projektfonds „kulturelle Bildung“ auch in den Jahren 2012 und 2013 fördern.

Unsere öffentlich geförderten Kultureinrichtungen müssen sich ihres Bildungsauftrages bewusst werden. Viele vergessen, was der öffentliche Auftrag ist und warum wir unsere Kultureinrichtungen fördern: Nämlich eine breite Bevölkerungsschicht mit der klassischen und zeitgenössischen Literatur bekannt zu machen. Kulturelle Bildung und Vermittlungsarbeit sind eine Bringeschuld der öffentlich finanzierten Kultureinrichtungen in Bezug auf den öffentlichen Auftrag! Eine erfolgreiche Kulturvermittlung ist von zentraler Bedeutung. Nur wenn Kulturvermittlung erfolgreich ist, wenn alle - mit kleinem oder großen Geldbeutel, Mann oder Frau, Jung oder Alt - teilhaben können, wird auch die öffentliche Kulturförderung gesellschaftlich akzeptiert.



Volksbühne: Kulturpolitik muss den Zugang zum Theater organisieren. Foto: Horb

In heutiger Zeit heißt das aber nicht nur, dass Kindern und Jugendlichen Kunst und Kultur als Integrationsfaktor angeboten wird und sie dies als notwendigen gesellschaftlichen Wert in einem sozialen Rechtsstaat verstehen, sondern auch, dass neue Medien, wie vor allem das Internet, in den Kulturbegriff eingebunden werden. Der Medienpädagoge Franz Josef Röll sieht im Internet „eine neue Dimension der Kultur für alle“: Kinder und Jugendliche könnten sich dort eigene kulturelle Freiräume schaffen.

Um das alles zu erreichen brauchen wir neue Instrumente, neue Konzeptionen, die auf Nachhaltigkeit setzen. Nachhaltigkeit bedeutet, nicht nur auf kurzfristige Events zu setzen, sondern auf langfristige ästhetische Bildung, zur Anregung von Phantasie und Kreativität, um die Herausforderungen unserer heutigen Gesellschaft bestehen zu können. Das bedeutet für einzelne Kultureinrichtungen umzudenken und langfristige Konzeptionen für Publikums-

bindung zu entwickeln. Für die Politik gilt, mit Zielvereinbarungen mit den jeweiligen Intendanten oder Direktoren Rahmenbedingungen für kulturelle Teilhabe unserer Bürgerinnen und Bürger zu sichern.

Aber es geht nicht nur um Nutzung unserer tradierten Kultureinrichtungen. Es geht vor allen Dingen darum, über kulturelle Bildung das Rüstzeug für kulturelles Handeln mitzugeben, um sein Leben eigenverantwortlich und sinnvoll gestalten zu können. Dafür sind wir sozialdemokratischen Kulturpolitiker und -politikerinnen verantwortlich.

ANGEBOTE FÜR FAMILIEN VERBESSERN

Der Schlüssel liegt meiner Meinung nach in besseren Angeboten für Familien, für Schulen und Kitas, aber auch in Angeboten für jedes Lebensalter, immer verbunden mit nachhaltiger Vermittlungsarbeit.

Das heißt für sozialdemokratische Kulturpolitik ungenutzte Potentiale zu aktivieren:

- Auseinandersetzung mit Kunst so früh wie möglich
- Beginn der ästhetischen Erziehung bereits im Kita-Alter
- Ästhetische Bildung an Grundschulen
- Verpflichtende jährliche Besuche einer Kultureinrichtung
- Medienerziehung
- Politische Bildung in jedem Lebensalter
- Öffnung unserer geförderten Kultureinrichtungen für die freie Szene
- Verstärkte Einbindung der Besucherorganisationen.

Die dicken Bretter sind da, sie müssen nur noch gebohrt werden. „Die Kultur muss unter die Leute!“ hat Johannes Rau gesagt. Fangen wir's an! **Brigitte Lange** □

Kultur als Überlebenswissen

Dr. Petra Bahr und Wolfgang Thierse im Gespräch

„Kultur als Überlebenswissen“ ist das Thema eines Gesprächs am 1. Februar mit der Kulturbeauftragten der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Dr. Petra Bahr, und Wolfgang Thierse, Vorsitzender des Kulturforums der SPD auf Bundesebene.

In der Veranstaltung auf Einladung des Kulturforums Stadt Berlin der Sozialdemokratie soll über den kulturellen Beitrag, den die EKD leistet, gesprochen werden. In ihrer Selbstdarstellung fördert die Evangelische Kirche „das kulturelle Leben diesseits und jenseits der Kirchenmauern in Deutschland und darüber hinaus. Als eine der größten Kulturträgerinnen prägt sie nicht nur das kulturelle Gedächtnis des

Landes sondern auch seine kulturelle Gegenwart“. Ein Ansatz, der zu diskutieren lohnt. Wie wird der Anspruch, den die EKD hier formuliert, umgesetzt? Von welchem Kulturbegriff lässt sich dieser Anspruch leiten und wie passt er in eine säkulare Welt? Ist es ein Beitrag einer großen Organisation zur Zivilisationsgesellschaft oder ist er lediglich Mission, Seelsorge oder Verkündigung?

Die Moderation hat Nikolaus Sander, Vorsitzender des Berliner Kulturforums, übernommen. **BS** □

➡ Diskussion „Kultur als Überlebenswissen“ am 1. Februar 2012, um 19.30 Uhr, im Erika-Heß-Saal, Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163 in Berlin-Wedding.

Museen:

Keine Wand mehr frei?

Hans Willi Weinzen: Dahlemer Museen in ein Gesamtkonzept einbeziehen

Es ist für manchen nicht so einfach, ein Bild an eine Wand zu hängen. Bei hundertfünfzig Bildern ist anscheinend auch die Stiftung Preußischer Kulturbesitz überfordert. Für die Sammlung Pietzsch mit Bildern der klassischen Moderne von Dali über Miró bis Pollock findet diese angeblich nirgends einen Platz.

Nur wenn die Museumsinsel verschandelt wird und man die alten Meister aus ihrem Haus im Tiergarten verbannt, auseinanderreißt und dann hälftig in einen neuen sog. Galeriebau über dem Kupfergraben und hälftig zur Skulpturensammlung ins Bodemuseum stopft, wird der noch recht junge Bau der Gemädegalerie im Tiergarten frei. Angeblich erst dann kann die Stiftung die einhundertfünfzig Bilder, die das Sammlerehepaar ihr geschenkt hat, dort dauerhaft ausstellen. Zum Glück ist kein Geld da, um die Museumsinsel baulich zu verschandeln.

Es gibt durchaus auch andere Wege zu einem Museum des 20. Jahrhunderts im Tiergarten. Dazu müßte sich die Stiftung nur ihres vergessenen Standorts in Dahlem erinnern und Standorte wie Tiergarten und Dahlem im Zusammenhang denken.

Im Tiergarten wird vom Januar 2012 für zwei bis drei Jahre das Kunstgewerbemuseum geschlossen und renoviert. In Dahlem werden die zum Umzug verurteilten Museen von 2012 bis 2015 als sog. Humboldt-Labor genutzt. Für 4,125 Mio. € soll er-



Museen Dahlem: Droht der Zerfall?

Montage: SPD Dahlem

probt werden, wie deren ethnologische Sammlungen später ausschnitthaft im Humboldt-Forum präsentiert werden können.

Was mit den Dahlemer Museen nach Fertigstellung des Humboldtforums geschieht, ist nicht wirklich klar. Die einen wollen hier eine museale Brache schaffen, um Grundstücke zu veräußern und Geld für das Humboldtforum einzuspielen. Die anderen diskutieren die verschiedenen Möglichkeiten einer musealen Nachnutzung.

Was spricht eigentlich dagegen, das Kunstgewerbemuseum in den vorhandenen und nicht nur für Flachware ausgelegten Dahlemer Museen anzusiedeln und die Sammlung Pietzsch in unmittelbarer Nähe der Nationalgalerie im bisherigen Kunstge-

werbemuseum zu präsentieren? Und die alten Meister bleiben fußläufig daneben und zusammen hängen und die Italiener und Spanier wandern nicht als ‚Sättigungsbeilage‘ (Andreas Kilb, Kein Platz für Bilder, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. Dezember 2011) in die Skulpturensammlung. Dann ist das Museum des 20. Jahrhunderts bald da, die Museumsinsel wird nicht verschandelt und die Dahlemer Nachnutzung ist auch vernünftig geklärt. Kunstgewerbe statt Museumsbrache in Dahlem.

In unserem Wahlprogramm haben wir versprochen, uns an der konzeptionellen Debatte über das arg zusammengeschusterte Humboldt-Forum zu beteiligen. Auch wenn die Koalitionsvereinbarung dies nicht aufnimmt, und sich nur plakativ zum Humboldt-Forum bekennt, bleibt die Aufgabe. Wenn man sieht, wie die Stiftung Preußischer Kulturbesitz hier mal einen Standort verschandeln will, dort mal einen auf den Kopf stellt und dann wieder einen nach Kräften vergißt, ist das sozialdemokratische Engagement notwendig.

Von den geplanten zahllosen Verwaltungsbüros im Schloß sollte auch irgendwer einmal Notiz nehmen. Schloß als Büro? Wenigstens werden nicht wieder wie bei Behnischs Akademie feuchte Keller ins Grundwasser gebaut, um das Verfaulen von unersetzlichen Nachlässen baulich zu ermöglichen. Oder vielleicht doch? Besser, jemand schaut nach. Auch das Tonbandarchiv der Ethnologen ist schließlich nicht wasserfest. Wenn schon Archiv auf dem Schloßplatz, dann bitte trocken. Vielleicht im Hochparterre. Anstatt Museum für die Bürger? Und verschlossen gegen Wasser und Öffentlichkeit. Wie die Büros. Die Stiftung schustert anscheinend auch den Nutzungsplan skrupelfrei irgendwie zusammen.

Die verschiedenen Standorte der Stiftung, gerade diejenigen im Schatten des Leuchtturms in Berlin-Mitte, müssen endlich zusammen betrachtet und genutzt werden. Wenn die Stiftung dies nicht leistet, muß die Politik orientierend eingreifen. Ein Plan muß alle Standorte zusammen entwickeln. Die Antwort auf den weihnachtlichen Appell Klaus Wowereits an die Stiftung, endlich einen Standort für die Sammlung Pietzsch zu nennen, ist dann nicht mehr gar so schwer: 10785 Berlin, Matthäikirchplatz, in Tiergarten. Fußläufig neben Mies van der Rohes Neuer Nationalgalerie. Platz für die Sammlung Marx hat es da übrigens auch.

Dr. Hans Willi Weinzen □

Politik ungeschminkt

Fotografien von Angelika und Bernd Kohlmeier in Köpenick

Auf zahlreichen Reisen, die sie mit 16 Abgeordneten des Deutschen Bundestages in ihre Wahlkreise unternahmen, haben Angelika und Bernd Kohlmeier im Laufe des Jahres 2009 ihre Porträtserien gesammelt. Die Ausstellungen, die auch schon im Deutschen Bundestag zu sehen war, macht jetzt Station im Rathaus Köpenick.

Angelika Kohlmeier, geboren 1962 in München, und Bernd Kohlmeier, 1953 in Cuxhaven geboren, gründeten 1985 in Berlin das Unternehmen „studio kohlmeier fotografie“. Als ihr fotografisches Profil entwickelten sie die auf Langzeitbeobachtung angelegte Reportagefotografie, die sie neben den klassischen Sujets auch für Architektur, Städtebau und Personen-

porträts anwenden. Die jetzt ausgestellte Serie mit Fotografien u.a. von Ilse Aigner, Volker Beck, Dr. h. c. Susanne Kastner, Katja Kipping, Dr. Peter Ramsauer, Claudia Roth, Dr. Hermann Otto Solms, Hans-Christian Ströbele und Dr. h. c. Wolfgang Thierse entstand, um sie bei ihrer einerseits alltäglichen, andererseits oft ungewöhnlichen Arbeit zu beobachten. Zur Eröffnung sprechen Bezirksbürgermeister Oliver Igel und Bundestags-Vizepräsident Wolfgang Thierse. **PM/BS □**

➔ Eröffnung Mittwoch, 18. Januar, 19 Uhr, geöffnet bis zum 26. Februar 2012 und bei freiem Eintritt Montags bis Freitags von 8 bis 20, Sonnabends von 9 bis 18 und Sonntags von 9 bis 18 Uhr zu besichtigen. Rathaus Köpenick, Alt-Köpenick 21, 12555 Berlin-Köpenick

SDS-Geschichte:

Kritischer Blick

26. Januar: Diskussionsveranstaltung über „Dutschkes Deutschland“

Die „Geht doch rüber“-Rufe des braunen Bürgertums trafen die Falschen. Im Studentenbund SDS war in den sechziger und siebziger Jahren die Wiedervereinigung nicht aus den Augen verloren, und mit dem DDR-System setzten sich Wortführer wie Rudi Dutschke, der aus der DDR kam, durchweg kritisch auseinander. Anders sah es in weiten Teilen der SPD und der übrigen Linken aus. Kein Ereignis der Nachkriegszeit traf die bundesrepublikanischen Linken und Grünen später so unvorbereitet wie die Wiedervereinigung, behaupten Tilman Fichter und Siegwald Lönnendonker in ihrem Buch „Dutschkes Deutschland“ (siehe BS 21-2011). Im Willy-Brandt-Haus diskutieren die beiden Autoren am 26. Januar gemeinsam mit Historikern über ihre Thesen.

Das Buch enthält neben einer Analyse und Bewertung auch zahlreiche Dokumen-



te. Bei der Buchvorstellung wird der Schauspieler und frühere Intendant der Berliner Freien Volksbühne Hermann Treusch Texte daraus vorstellen. In der anschließenden Diskussion wollen die Autoren Tilman Fichter und Siegwald Lönnendonker sowie die Historiker Peter Brandt und Siegfried Heimann und der Schriftsteller Ulrich

Schacht über verdrängte oder unbekannte Zusammenhänge im Verhältnis zwischen der deutschen Studentenbewegung und der DDR diskutieren. Angesprochen werden die Mutmaßungen über eine „Fernsteuerung“ des SDS durch Stasi-Agenten sowie die Vermutungen über ideologische Gemeinsamkeiten zwischen den Studenten und dem DDR-Sozialismus. Zudem wird über die These der Autoren gesprochen, dass die Kontakte der SPD-Führung zur DDR enger und besser gewesen seien als jene der aus der SPD ausgeschlossenen linken SDSler zu den Staatssozialisten im Osten. **BS** □

➔ Donnerstag, 26. Januar 2012, 19.30 Uhr, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstr. Moderation: Helge Buttkeireit (Freier Autor).. Eintritt frei. Ausweis erforderlich

Keine herrlichen Tage

Gerd Fessers Analyse des wilhelminischen Kaiserreichs 1890 - 1918

Es wurde nichts aus den versprochenen „herrlichen Zeiten“. Am Ende der Amtszeit Kaiser Wilhelms II standen Krieg, Zerstörung, Tod. Und die Abdankung. Gerd Fesser beschreibt in seinem Buch „Herrlichen Zeiten führe ich euch noch entgegen“ das Kaiserreich der Jahre 1890 bis 1918 in seinen Widersprüchlichkeiten und Auseinandersetzungen, in seiner Selbstüberschätzung.

Fesser entwirft ein facettenreiches und mit zahlreichen Quellen belegtes persönliches Bild des deutschen Kaisers. Er beschreibt die politische Landschaft in Europa, die Ängste der Staaten und Bündnisse vor der militärischen Stärke der jeweils anderen, die Sehnsucht vieler Bürgerlicher nach Stärke und Weltgeltung, nach Kolonien.

Die Wirtschaft wächst in den mehr als 40 Jahren des Friedens nach 1871. Bahnbrechende Forschungen und neue kulturelle Impulse stehen neben Untertanengeist, Militarismus und Kriegstreiberei. Noch kämpfen Frauen um ihr Wahlrecht. Sozialdemokraten und Liberale setzen sich mit wachsendem Erfolg für eine gerechtere Gesellschaft und mehr Mitwirkungsmöglichkeiten ein.

Wilhelm II. treibt sein Lieblingsprojekt, die Flottenrüstung, voran, gibt sich den Einflüsterungen von Beratern hin, die ihm



Gerd Fesser, „Herrlichen Tagen führe ich euch noch entgegen!“ Das wilhelminische Kaiserreich 1890-1918, Donat Verlag, 286 Seiten, 74 Abbildungen, Hardcover, ISBN-10: 3938275553

wieder nur zu Munde reden. Rechte und konservative Kreise sammeln sich, die Alldeutschen machen Druck. Der Kaiser und seine Politiker führen Deutschland schließlich in einen Krieg, der keineswegs unausweichlich war, der über die Jahre propagandistisch vorbereitet wurde.

Fesser erörtert die Entscheidungsmöglichkeiten, er beschreibt die unterschiedlichen Interessengruppen und die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Dabei werden auch die Verbindungslinien und Anknüpfungspunkte zum Nationalsozialismus deutlich.

Gerd Fessers Blick auf die Geschichte des letzten deutschen Kaisers ist packend und lesbar geschrieben, mit vielen Illustrationen versehen und mit Daten und Quellenhinweisen untermauert. **U.H.** □

KORRUPTIVES SYNDROM

*Die eine Hand,
die die andere wäscht -
in aller Unschuld, versteht sich:
im Zweifelsfall ist es immer die linke,
die nicht weiß, was die rechte tut.*

Sicher ist sicher.

*Sich nicht erinnern zu können,
an empfangene
wie auch erwiesene Wohltaten,
ist fester Bestandteil des Umgangs
gewisser gehobener Kreise.*

*Diese Spezialform der Amnesie
ist immer beschränkt
auf Namen, Daten und Zahlen.
Für den genetischen Ursprung
dieses Defekts
fehlt zwar der klinische Nachweis,
dennoch scheint er irgendwie erblich.*

*Das typische Krankheitsbild
nimmt immer den gleichen Verlauf:
Erst im akuten Belastungsfall
zeigen sich die Symptome,
klingen jedoch schnell wieder ab,
wenn der Befund geklärt ist.*

*Jeder Versuch einer Therapie
hat sich als bisher nutzlos erwiesen,
doch selten nur konnte seitdem
der praktische Nutzen
einer bedarfsgerechten Erkrankung
so zwingend bewiesen werden.*

© Günther Bach

Zeitgeschichte:

Der Weg zu Freiheit und Demokratie

Siegfried Heimann über die „Mühen der Ebene“ im Nachkriegsberlin (Teil 3)

Am 26. November 1946 trat im Neuen Stadthaus in der Parochialstraße in Berlin-Mitte die neu gewählte Stadtverordnetenversammlung zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Der 75-jährige Alterspräsident Adolf Wuschick (SPD) begrüßte die Versammlung und verlas eine Botschaft der Alliierten Kommandantur. Die Alliierten trugen den Stadtverordneten vor allem zwei Aufgaben auf, nämlich „die Stadt nach demokratischen Grundsätzen zu verwalten und eine endgültige Verfassung zu entwerfen“. Die Alliierten hatten am 9. August 1946 die von ihnen maßgeblich formulierte Vorläufige Verfassung bestätigt und am 13. August dem Oberbürgermeister übermittelt. Die Alliierten wollten damit, wie es im Anschreiben der vier Kommandanten hieß, die „politische Unabhängigkeit in Berlin“ herstellen und „der Bevölkerung in Angelegenheiten der Stadtverwaltung das Selbstbestimmungsrecht“ wiedergeben.

Es konnte freilich kein Zweifel bestehen, dass sich die Alliierten weiterhin das letzte Wort in allen wichtigen Fragen vorbehielten. Ein Foto aus dieser Zeit dokumentiert diesen Willen sehr eindeutig. Hinter dem Präsidium der Stadtverordnetenversammlung saßen die Vertreter der Alliierten auf einer erhöhten Bank und überblickten die gesamte Versammlung von übergeordneter Warte. Nach der Verpflichtung der Stadtverordneten durch den scheidenden, noch vom sowjetischen Stadtkommandanten Bersarin eingesetzten Oberbürgermeister Dr. Arthur Werner wurde Dr. Otto Suhr (SPD) einstimmig zum Stadtverordnetenvorsteher gewählt. Seine Stellvertreter waren Ottomar Geschke (SED) und Walther Schreiber (CDU). Nachdem in der zweiten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung die Geschäftsverteilung des zu bildenden Magistrats neu geregelt worden war, wählte die Versammlung in der dritten Sitzung am 5. Dezember 1946 Dr. Otto Ostrowski (SPD) zum neuen Oberbürgermeister, Dr. Ferdinand Friedensburg (CDU) zum 1. Bürgermeister, Dr. Heinrich Acker (SED) zum 2. Bürgermeister und Louise Schroeder (SPD) zur 3. Bürgermeisterin.

Ende 1945 war die Euphorie des gemeinsamen Sieges über Nazi-Deutschland verfliegen. Gegenseitiges Misstrauen beherrschte auch den Alltag der weiterhin bis 1948 aufrechterhaltenen gemeinsamen Viermächteverwaltung Berlins. Die Alliierte Kommandantur funktionierte als gemeinsame Verwaltung Berlins natürlich



Telegraf-Beilage August 1946: Bericht vom SPD-Landesparteitag. Foto: Horb

auch nur, solange der Alliierte Kontrollrat sich für Deutschland als Ganzes zuständig fühlte. Immerhin war in Berlin der Zwang zur Gemeinsamkeit auch ein Hindernis für einseitige politische Entwicklungen. So wurden z. B. in Berlin Jugendorganisationen erst im Herbst 1947 offiziell zugelassen, allerdings nicht wie in der sowjetischen Besatzungszone nur eine (die FDJ), sondern vier, darunter auch der SPD-nahe Jugendverband „Die Falken“.

Kommunalpolitische Vorhaben in der Stadtverordnetenversammlung und im Magistrat konnten auch noch im Jahre 1947 in die Tat umgesetzt werden. Das betraf vor allem die bereits im Juli 1945 aus der Not heraus geschaffene „Versicherungsanstalt Berlin“ (VAB) und eine einheitliche Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung für alle in Berliner Betrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Die „Einheitsversicherung“ wurde zunächst dank der Arbeit ihres ersten Direktors Ernst Schellenberg zu einem finanziell und organisatorisch abgesicherten Erfolgsmodell, dem die Stadtverordneten mehrheitlich Beifall zollten. Es widersprach jedoch den Sozialversicherungsplänen in den Westzonen. Da die sowjetische Besatzungszone das Modell einer „Einheitsversicherung“ übernahm, war es den Gegnern der VAB ein Leichtes, nach 1948 dieses gut funktionierende Versicherungsmodell als „kommunistisch“ zu denunzieren.

Das galt noch mehr für das im Februar 1947 von der Stadtverordnetenversammlung verabschiedete „Gesetz zur Überführung von Konzernen und sonstigen Unternehmen in Gemeineigentum“, das sogenannte Sozialisierungsgesetz. Hier zogen die Fraktionen der SPD, der SED und auch der CDU an einem Strang, die LDP dagegen widersprach vehement und hatte dabei die Westalliierten in unterschiedlichem Aus-

maß auf ihrer Seite. Die großen wirtschaftlichen Probleme der Stadt, verstärkt nach 1949, und der daraus resultierende Zwang, nach finanzieller Hilfe im Westen zu suchen, stellten auch dieses Gesetz bald zur Disposition.

Die im November 1947 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Berliner Schulreform, die eine achtklassige gemeinsame Grundschule vorsah, wurde mehrheitlich von den Fraktionen der SPD, SED und LDP mitgetragen, während Widerspruch von der CDU kam. Aber auch dieses Gesetz stand bald ebenso wie die bereits im Jahre 1945 erfolgte Abschaffung des Berufsbeamtentums auf dem Prüfstand der politischen Debatten in den Jahren nach 1949.

Die in der SPD auch 1947 noch vorhandene Bereitschaft, in einigen kommunalpolitischen Fragen mit der SED zusammenarbeiten, wurde jedoch aufgrund schlechter Erfahrungen mit der SED immer geringer. Aus politischen Gegnern wurden im Jahre 1948 endgültig politische Feinde. Die SPD in der sowjetischen Besatzungszone war für lange Jahre zur Illegalität verurteilt, Mitglieder, die sich weiterhin zu ihr bekannten, wurden verfolgt oder zur Flucht in den Westen gedrängt. Die CDU und die LDP waren als politische Parteien in der sowjetischen Besatzungszone noch präsent, in wachsendem Maße verlangte die SED jedoch eine Unterordnung unter ihre politischen Richtlinien. CDU und LDP verloren ihre politische Unabhängigkeit. Die in Berlin residierenden Parteiführungen wollten so lange wie möglich die Bande zu ihren Parteifreunden in der sowjetischen Besatzungszone nicht kappen, Ende 1947 ging daran aber kein Weg mehr vorbei. Die Trennung der Berliner Landesverbände von CDU und LDP zu den jeweiligen Parteien in der Sowjetzone war die Folge. Eine Zusammenarbeit mit der SED kam auch für sie nicht mehr in Frage.

BLOCKADE UND
SELBSTBEHAUPTUNGSWILLEN
DER BERLINER BEVÖLKERUNG

Die Geschichte der Blockade von Westberlin war und ist auch ein Symbol für den Selbstbehauptungswillen der Berliner Bevölkerung. Durch diese Haltung waren die Westalliierten „geradezu zum Verbleiben in der exponierten Stadt gezwungen“. Die Lebenssituation der Bevölkerung in ganz Berlin hatte sich nach Kriegsende nur allmählich gebessert, der Hungerwinter

weiter auf Seite 13

Fortsetzung von Seite 12

1946/47 hatte vor allem unter den Älteren eine große Zahl von Opfern gefordert. Die Blockade Westberlins verschlechterte seit Mitte 1948 die Versorgung der Westberliner mit Lebensmitteln noch einmal drastisch. Die politischen Folgen waren gerade deshalb beträchtlich: Der Versuch der Sowjetunion, mithilfe einer Politik des Aus Hungerns von zweieinhalb Millionen Menschen politische Ziele durchzusetzen, veränderte die Haltung der Westberliner gegenüber den Westalliierten, da diese mit der Luftbrücke die Versorgung mit dem Nötigsten sicherten. Die Politik der Sowjetunion - und mit ihr die Politik der SED in der späteren DDR - wurde dagegen von den meisten Westberlinern ganz entschieden abgelehnt. Es entstand ein - aus der Blockadesituation nur zu verständliches - Klima des politischen Schwarz-Weiß-Denkens, das für Zwischentöne keinen Raum mehr ließ.

Die besetzte Viersektorenstadt war binnen weniger Monate mehr als zuvor in den Mittelpunkt des Weltgeschehens gerückt. Kriegsangst bestimmte die öffentlichen Debatten in der Bevölkerung Berlins. Die politischen Ereignisse in der Tschechoslowakei, wo im Februar 1948 die gewählte Regierung durch einen „Putsch“ von einer kommunistisch bestimmten Regierung abgelöst worden war, ließ die Sorge wachsen, die Sowjetunion könnte auch die drei Westsektoren Berlins ihrem Einflussbereich zuschlagen.

Berlin wurde so 1948/49 zum Schauplatz des Kalten Krieges zwischen Ost und West, der zur Teilung Deutschlands führte. Die Londoner Außenministerkonferenz vom 25. November bis 15. Dezember 1947 hatte keinerlei Fortschritte in der Frage der wirtschaftlichen und politischen Vereinigung der vier Besatzungszonen gebracht. Verhandlungen im Alliierten Kontrollrat über eine gemeinsame Währungsreform waren am sowjetischen Widerspruch gescheitert. Die Westmächte erklärten, dass sie eine Währungsreform nur in ihren Besatzungszonen durchführen würden, wenn es zu keiner Einigung in dieser Frage käme. Die Sowjetunion kündigte daraufhin die gemeinsame Verwaltung des besetzten Deutschland auf. Am 20. März 1948 zog der sowjetische Vertreter aus dem Alliierten Kontrollrat aus; drei Monate später, am 16. Juni 1948, verließ die Sowjetunion auch die für die Verwaltung Berlins zuständige Alliierte Kommandantur.

Die Arbeit des Alliierten Kontrollrats mit Sitz in Berlin als das oberste Regierungs-, Kontroll-, Koordinations- und Verwaltungsorgan der vier Besatzungsmächte in Deutschland endete am 20. März 1948, als der sowjetische Vertreter den Kontrollrat verließ, ohne einen neuen Sitzungstermin zu vereinbaren. Auf der Arbeitsebene war

die Sowjetunion noch bis zum August 1948 im Kontrollrat präsent. Als die Sowjetunion auch nicht mehr an den Sitzungen der Alliierten Kommandantur teilnahm, waren die drei Westalliierten de facto nur noch für Westberlin zuständig. Aber auch wenn Ostberlin ab Ende 1949 ganz offiziell die Hauptstadt der DDR war, galt für Ostberlin dennoch ein besonderer Status, der in gewisser Weise die Viermächteverwaltung in ganz Berlin in veränderter Form beibehielt.

Auch nach dem Auszug des sowjetischen Vertreters im Juni 1948 hielten die drei westlichen Stadtkommandanten ihren formal-juristischen Anspruch auf die Mitsprache über ganz Berlin aufrecht, wenngleich sie die oberste Gewalt nur noch in Westberlin ausübten. Die „Grundsätze für die Beziehungen der Stadt Groß-Berlin zur Alliierten Kommandantur“, das sogenannte Kleine Besatzungsstatut vom 14. Mai 1949, stellte die Arbeitsfähigkeit der Verwaltung de facto nur noch für Westberlin her. Es gab jedoch noch Reste einer Viermächteverwaltung Berlins, so bei der gemeinsamen Verwaltung des Kriegsverbrechergefängnisses in Berlin-Spandau und bei der gemeinsamen Arbeit in der Luftsicherheitszentrale.

Die Auseinandersetzungen in Berlin spitzten sich zu, als am 20. Juni 1948 in den drei Westzonen die angekündigte Währungsreform durchgeführt wurde. Nachdem sich die vier Siegermächte in den darauf folgenden Tagen nicht auf eine gemeinsame Währung für Berlin einigen konnten, ordnete die Sowjetunion am 23. Juni 1948 eine Währungsreform für die sowjetische Besatzungszone und für ganz Berlin an. Die Westalliierten antworteten für den folgenden Tag mit der Einführung der D-Mark in ihren Sektoren; die im sowjetischen Sektor eingeführte Ostmark war allerdings bis März 1949 auch in den Westsektoren gültiges Zahlungsmittel. Die

Berliner argwöhnten nicht ohne Grund, dass „Berlin als Folge eines Währungswirrwarrs völlig in die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit zur sowjetischen Besatzungsmacht geraten könnte“.

Als Antwort auf die Ausdehnung der westlichen Währungsreform auch auf den Westteil der Stadt stellte die sowjetische Militärverwaltung in der Nacht vom 23. zum 24. Juni 1948 wegen „technischer Störungen“ den gesamten Passagier- und Güterverkehr zwischen Berlin und Helmstedt ein. Zugleich sperrte sie die Versorgung der Westsektoren mit Lebensmitteln, Frischmilch, Elektrizität und Braunkohle. Bald darauf waren sämtliche Land-, Wasser- und Bahnverbindungen zwischen Berlin und den Westzonen unterbrochen. Die Blockade Westberlins hatte begonnen und sollte elf Monate lang anhalten. Die Westalliierten reagierten mit der Errichtung einer Luftbrücke. Am 26. Juni 1948 begann die Versorgung der Westberliner Bevölkerung durch die amerikanischen Luftstreitkräfte. Britische Militärflugzeuge beteiligten sich schon bald an dieser Aktion. Die französische Besatzungsmacht hatte mit dem forcierten Bau eines dritten Flughafens in Tegel ebenfalls Anteil am Erfolg der Luftbrücke. Auch wenn die Blockade Westberlins nie total war und die Westberliner nicht nur aus der Luft versorgt wurden, galt die Luftbrücke dennoch bald als Symbol für den Willen der Westalliierten, das Überleben der Westberliner Bevölkerung zu sichern, und für ihre Entschlossenheit, in Berlin zu bleiben.

Die Sorge, die Westalliierten könnten Berlin aufgeben, war nicht unbegründet. Besorgt war vor allem auch der 1947 gewählte, aber aufgrund des sowjetischen Einspruchs nicht amtierende Oberbürgermeister Ernst Reuter. Er drängte deshalb im Juli 1948 während einer Konferenz der westdeutschen Ministerpräsidenten bei Rüdeshheim sehr erfolgreich darauf, so schnell wie möglich einen „Weststaat“ zu schaffen. In die Diskussionen darüber sollte Berlin von Anfang an mit einbezogen werden, um so durch die feste Bindung Berlins an den entstehenden Teilstaat auch für die Viersektorenstadt eine die Berliner zufriedenstellende Lösung zu erreichen. Die politische Situation wurde noch schwieriger, als Mitte des Jahres die amtierende Oberbürgermeisterin Louise Schroeder schwer erkrankte und der an ihre Stelle tretende Bürgermeister Ferdinand Friedensburg (CDU) mit dem im Hintergrund tätigen Ernst Reuter nicht immer einer Meinung war. □

Fortsetzung nächste Ausgabe

Der Beitrag ist in erweiterter Form erschienen als Einleitung zu dem von Werner Breunig und Andreas Herbst verfassten „Biographischen Handbuch der Berliner Stadtverordneten und Abgeordneten 1946 - 1963“, Landesarchiv Berlin 2011.

Gedenken an Rosa Luxemburg

Die Friedenauer SPD lädt am 15. Januar 2012 um 16.00 Uhr zum alljährlichen Gedenken an Rosa Luxemburg.

Vor ihrer zweiten Friedenauer Wohnung in der Cranachstraße 58 werden zum Gedenken an die ermordete Sozialistin Blumen niedergelegt. In der neuen Wahlperiode der BVV Tempelhof-Schöneberg wird ein Antrag auf eine Gedenktafel für Rosa Luxemburg am Haus Wielandstraße 23, ihrer ersten Friedenauer Wohnung, in die sie 1899 einzog, von der SPD-Fraktion eingebracht. Der Hauseigentümer hat sein Einverständnis dazu erklärt. **BS** □

Noch Einfluss auf Europa?

Diskussion zu Krisenmanagement und Demokratiedefizit

Die Krise in der Eurozone und in der EU verlangt schnelles Handeln. Neue Institutionen werden geschaffen, ungeheure Finanzvolumina mobilisiert. Dabei fühlen sich die Bürger und ihre Vertreterinnen und Vertreter oftmals außen vor gelassen. Die Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen und der Fachausschuss EU-Angelegenheiten der SPD Berlin laden am 18. Januar zur Diskussion über „Die Krise im Euroraum meistern - bleibt die Demokratie auf der Strecke?“ Es diskutieren Swen Schulz und Prof. Dr. Franz Meyer.

Die SPD-Bundestagsabgeordneten Swen Schulz und Peter Danckert sind bis vor das Bundesverfassungsgericht gezogen, um ihre Rechte, die sie verletzt sahen, zu wahren. Sie sprechen damit einen zentralen Punkt an, der die Grundlagen der Verfasstheit der Eurozone und der EU angeht:

Wie kann es gelingen, demokratische Legitimation in einer EU, die über deutlich mehr Eingriffsbefugnisse verfügt, sicherzustellen? Swen Schulz, MdB, hat vor dem Bundesverfassungsgericht geklagt, weil er seine Rechte als Bundestagsabgeordneter durch die vorgesehenen Mechanismen

verletzt sah. Prof. Dr. Franz Meyer, Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Völkerrecht, Europarecht, Rechtsvergleichung und Rechtspolitik an der Universität Bielefeld, wird seine Sicht auf die Mitwirkungs- und Beteiligungsmöglichkeiten erläutern. Er ist ein durch vielfältige Veröffentlichungen ausgewiesener Europarechtler und vertritt den Deutschen Bundestag als Prozessbevollmächtigter vor dem Bundesverfassungsgericht. Die Diskussion moderiert Dr. Philipp Steinberg, Vorsitzender des FA Europa. **BS □**

➡ 18. Januar 2012, 19 Uhr, AGS und Fachausschuss EU-Angelegenheiten, „Die Krise im Euroraum meistern - bleibt die Demokratie auf der Strecke?“ Erika-Heß-Saal und Vorraum, Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin.

**Aus Datenschutzgründen
nicht in der
Internetversion enthalten**

T ERMIN

■ 15.01.2012, 18:00 - 21:00, August-Bebel-Institut „Berlin Babylon“ - **Filmvorführung und Diskussion**, Kino Movimiento, Kottbusser Damm 22, 10967 Berlin (siehe Seite 4)

■ 16.01.2012, 17:00 - 19:00, August-Bebel-Institut, **Ausstellungseröffnung: Anders Bauen, Wohnen und Leben in Genossenschaften**, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin (siehe S. 4)

■ 17.01.2012, 19:30 **Thierse trifft ... Klaus Emil Heinrich Zapf**, Gründer und ehemaliger Eigentümer der bekannten Firma Zapf Umzüge/Kulturbrauerei, Soda-Salon, Eingang Knaackstraße oder Sredzkistraße, 10435 Berlin

■ 17.01.2012, 15:00, SPD Neukölln - AG 60 plus, **Arbeitsmarktpolitik**, Referent: Herr Hansen - Leiter des Jobcenters Neukölln, SPD Bürgerbüro, Herrfurthplatz 5, 12049 Berlin

■ 18.01.2012, 19:00 - 21:00, Fachausschuss Europa und AGS, **Die Krise im Euroraum meistern – bleibt die Demokratie auf der Strecke?** Mit Swen Schulz (MdB), Prof. Dr. Franz Mayer (Uni Bielefeld), Kurt-Schumacher-Haus, Erika-Heß-Saal, Müllerstraße 163, 13353 Berlin (siehe S. 14)

■ 18.01.2012, 18:00, Torsten Schneider, MdB - Fachausschuss Internationales, **Afghanistan – Wiederaufbau ohne Frieden und Versöhnung?** Was kann die SPD zu einer friedlichen und humanen Entwicklung Afghanistans nach über 30 Jahren Bürgerkrieg beitragen? u.a. mit Johannes Pflug, MdB, Sprecher der Task Force Afghanistan-Pakistan der SPD- Bundestagsfraktion, Mechthild Rawert, MdB, Sprecherin der Landesgruppe Berlin der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Osman Rustar-Taraki, Vors. der Kommission für Frieden und Freiheit in Afghanistan, Laila Ata, Vertreterin des Afghanischen Frauenvereins Hamburg, Elham Massuod, Diplom-Ingenieurin für Architektur und Städtebau, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 376, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin

■ 18.01.2012, 19:30, Michael Arndt, MdB / Fachausschuss Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung, **Moderne Stadtentwicklung und nachhaltige Bau- Wohnungs- und Mietpolitik**, mit dem Senator für Stadtentwicklung Michael Müller, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 377, Müllerstraße 163, 13353 Berlin

■ 18.01.2012, 20:00, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Dahlem, **Gerecht geht anders – Schuldenkrise, Daseinsfürsorge, Steuergerechtigkeit und prekäre Arbeitsverhältnisse**, mit Wolfgang Uellenberg-van Dawen aus der verdi-Grundsatzabteilung und Vorsitzender des Archivs der Arbeiterjugend, Friedenszentrum, Pacelliallee 61, 14195 Berlin

■ 18.01.2012, 19:00, **Ausstellungseröffnung: „Politik ungeschminkt“** mit Oliver Igel, Wolfgang Thierse, Rathaus Köpenick, Alt-Köpenick 21, 12555 Berlin

■ 18.01.2012, 19:30 ASF Charlottenburg-Wilmersdorf, **Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit JETZT!** Referentin: Vera Juncker, Landesvorsitzende ASJ, SPD Bürgerbüro, Goethestraße 15, 10623 Berlin

■ 19.01.2012, 18:00 SPD Steglitz-Zehlendorf - **AG Migration, Öffentliche Mitgliederversammlung**, Gedenken an den vor fünf Jahren ermordeten Journalisten Hrant Dink und Arbeitsplanung für das Jahr 2012, SPD Kreisbüro, Thaliaweg 15, 12249 Berlin

■ 19.01.2012, 18:00 - 20:00, August-Bebel-Institut, **Gemeinsam mehr erreichen Genossenschaften: ihre Geschichte und ihre Zukunft**, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin (Siehe Seite 4)

■ 19.01.2012, 18:30 - 20:30, Fachausschuss Familien-, Kinder- und Jugendpolitik, **Schwerpunkte der zukünftigen Jugend- und Familienpolitik**, Diskussion mit Senatorin Sandra Scheeres, Gangway, Schumannstraße 5, 10117 Berlin

■ 21.01.2012, 19:30, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Lichterfelde Ost und Süd, **„Im Gespräch mit den Menschen“, Informationsstand** Kranoldmarkt, Kranoldplatz, 12209 Berlin

■ 24.01.2012, 19:30, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Lichterfelde Ost und Süd, **Eurokrise und kein Ende – wie geht es weiter in Europa?** Referent: Dr. Holger Fabig, Dipl.-Volkswirt, Reinhold-Voht-Haus - Soziale Dienste, Osdorfer Straße 121, 12207 Berlin

■ 25.01.2012, 16:00, AG 60plus Charlottenburg-Wilmersdorf, **Mieterstadt Berlin**, Veränderungsdruck durch Immobilienspekulation, was ist noch sozial im Sozialen Wohnungsbau? Referentin: Ülker Radziwill, MdB und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD im Abgeordnetenhaus, Rathaus Wilmersdorf, Sitzungssaal 1138, Fehrbelliner Platz 4, 10707 Berlin

■ 25.01.2012, 18:30, Daniel Buchholz, MdB / Fachausschuss Mobilität, **Die S-Bahn Berlin**, Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin

■ 25.01.2012, 17.00 Uhr, Selbst Aktiv, Themen: **Große Koalition und Inklusion – Stand der Dinge, Planungen und Probleme**. Wir diskutieren mit dem Landesbehindertenbeauftragten Dr. Jürgen Schneider. 2. Stand der AG-Bildung nach dem Parteitagbeschluss. AWO Landesvorstand, Blücherstr. 62, 10961 Berlin (Achtung – Wichtig für SFD: Eingang über die Hofseite/Rückseite des Gebäudes – über die Brachvogelstraße)

■ 26.01.2012, um 17.00 Uhr, SPD Spandau, Arbeitskreis Pflege, **Lebenssituation blinder und sehbehinderter Menschen** - Gespräch mit dem Allgemeinen Blinden- und Sehbehindertenverein Berlin e.V., im SPD-Kreisbüro, Bismarckstraße 61, 13585 Berlin

■ 28.1.2012, 18 Uhr, SPD Treptow-Köpenick, AG

Kultur, **Vernissage der Ausstellung „Jetzt geht's los“** Ölmalerei und Kollagen von Monika Zimmer, Galerie KUNST trifft POLITIK im SPD-Kreisbüro, Grünauer Str. 8 in 12557 Berlin

■ 29.01.2012, 14:00 - 16:00, SPD Tempelhof-Schöneberg, **Erinnerung braucht einen Ort, Gedenkveranstaltung für die Opfer des KZ Columbiahaus**, mit Mechthild Rawert, MdB, MedienGalerie, Dudenstr. 10, 10965 Berlin

■ mehr Termine unter www.spd-berlin.de/termine

Thierse trifft... Klaus Emil

Heinrich Zapf

Seine blau-gelben Umzugslaster sind mittlerweile republikweit bekannt sind. Am Dienstag, dem 17. Januar 2012, ist der Unternehmer Klaus Emil Heinrich Zapf zu Gast bei „Thierse trifft...“

Der aus dem Badischen stammende Zapf gründete 1975 in West-Berlin die Firma „Zapf Umzüge“. Als Möbelpacker und Umzugshelfer beschäftigte er Bekannte aus dem linksalternativen Milieu. So schuf er innerhalb weniger Jahre „West-Berlins bestes Umzugskollektiv“. In den 80er und 90er Jahren expandierte Zapf nach Westdeutschland und eröffnete dort nach und nach über ein Dutzend Standorte. Das ehemalige Umzugskollektiv entwickelte sich so zum heute größten Umzugsunternehmen in Europa.

Klaus Zapf, der sich mittlerweile aus der Geschäftsführung zurückgezogen hat, widmete sich in den vergangenen Jahren vor allem seiner neuen Firma Pomoschnik Robotajet GmbH („Der Helfer arbeitet“): Er investiert in junge Unternehmen, Firmenbeteiligungen und Aktiengesellschaften.

Daneben tritt er als Aktionär großer, börsennotierter Aktiengesellschaften auf und macht auf Hauptversammlungen und vor Gerichten seine Aktionärsrechte geltend. Was Zapf als Kampf für eine verantwortungsvolle Unternehmenspolitik begreift, bezeichnen andere als „Aktionärspiraten-tum“ und „blühendes Erpressungsgewerbe“. In diesem Zusammenhang wurde Zapf 2010 vom Bundesgerichtshof zu Schadensersatz wegen sittenwidrigen Rechtsmissbrauchs verurteilt.

Wenn der linksalternative Unternehmer und Investor Klaus Zapf zu Gast bei Wolfgang Thierse ist, geht es nicht nur um Umzüge und Investitionen, sondern auch um Konsumwahn und Konsumfreiheit, um soziales Unternehmertum, um Gesellschaftsutopien und die Auswüchse eines entfesselten Finanzkapitalismus.

➡ Thierse trifft... Klaus Emil Heinrich Zapf: 17. Januar 2012, 19:30 Uhr

➡ Einlass ab 19.00 Uhr, Soda-Salon in der Kulturbrauerei, Eingang Knaackstraße oder Sredzkistraße. Der Eintritt ist frei!

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

Der doppelte Rauschenbach

Zwei Ausstellungseröffnungen in Kreuzberg

Leserinnen und Lesern der BERLINER STIMME ist Erich Rauschenbach vor allem als Karikaturist bekannt. Lange Jahre begleitete seine „Genossin Inge“ mit kritisch zugespitzten Kommentaren die Berliner Politik. Jetzt zeigen gleich zwei Ausstellungen in Kreuzberg den Maler und Cartoonisten Rauschenbach.

Erschienen sind von ihm in den vergangenen Jahrzehnten zahlreiche Karikaturen- und ungezählte Cartoons in Zeitschriften, deren Themen aus Partnerschaft, Elternalltag und Lebenserfahrung auch weiter aktuell bleiben. In den vergangenen Jahren entstanden zudem zahlreiche großformatige Acrylbilder, in deren Mittelpunkt unterschiedliche Frauentypen stehen.

➔ 1. Vernissage: „Mutti, Frau Richter & Co“, 28.1. - 3.3., Eröffnung Samstag, 28. Januar 2012 um 15 Uhr mit Wolfgang Kleinert (Cartoonfabrik). Galerie der Marheineke Markthalle. Marheineke Platz 15, 10961 Berlin Öffnungszeiten: Mo-Fr 8-20 und Sa 8-18



Ausstellungseinladung: Erich Rauschenbach mit den Plakaten zu seinen beiden Ausstellungen.

Foto: privat

➔ 2. Vernissage: „Frauen mit Seeblick“, 3.2. - 2.3.2012 Eröffnung am Freitag, den 3. Februar 2012 um 19 Uhr mit F. W. Bernstein (Prof. für Karikatur und Bildgeschichte an der Hochschule der Künste Berlin 1984-1999) Atelier ZURAG Galerie, Böckhstr. 26, 10967 Berlin Öffnungszeiten: Di,Mi,Do und Sa 14-19

Facettenreiches Leben

Wielfried F. Schoeller stellt Döblin-Biografie vor

Zu einer Lesung mit Wilfried F. Schoeller lädt die Vorwärts-Buchhandlung am 24. Januar. Wolfgang Thierse, Vorsitzender des Kulturforums der Sozialdemokratie, stellt im Gespräch mit dem Autor die erste umfassende Biographie über Alfred Döblin vor, der insbesondere bekannt ist als Autor von „Berlin Alexanderplatz“ (siehe BS 23/24-2011).

Schoeller zeigt einen Menschen, der als Arzt und Künstler, als Jude und Katholik, als Patriot und Sozialist in die Tragödien des 20. Jahrhunderts hineingezogen wurde. Die Biographie führt die vielen, oft wi-

dersprüchlichen Facetten dieses Lebens vor und zeigt, was es in Döblins erzählerischem Kosmos noch zu entdecken gibt.

➔ Dienstag, 24. Januar 2012, 19.00 Uhr, vorwärts:buchhandlung + antiquariat im Willy-Brandt-Haus, Stresemannstraße 28, 10963 Berlin. Anmeldung an die vorwärts:buchhandlung erforderlich, da die Anzahl der Plätze begrenzt ist: E-Mail: info@vorwaerts-buchhandlung.de, Telefon 030 252 99 163

➔ Alfred Döblin. Eine Biographie, Carl Hanser Verlag, München 2011 912 Seiten mit zahlreichen Abbildungen, 34,90 €, ISBN 978-3-446-23769-8

KULTURTIPPS

Gedenkveranstaltung. Anlässlich des 70. Jahrestages der Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942 laden die Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz und die Akademie der Künste zu einer Gedenkveranstaltung mit György Konrad ein. Der ungarische Schriftsteller und frühere Präsident der Akademie der Künste in Berlin stellt seinen Vortrag unter das Motto „Vom Wort zur Tat – Das Schicksal meiner Kleinstadt im Zweiten Weltkrieg“. Begrüßungsansprachen halten der jetzige Präsident der Akademie der Künste Klaus Staeck und Dr. Norbert Kampe, der Leiter der Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz.

PM ☐

➔ Gedenkveranstaltung 19. Januar 2012, 19.00 Uhr, Eintritt frei – Anmeldung nicht erforderlich, Akademie der Künste, Hanseatenweg 10, 10557 Berlin (-Tiergarten)

Von Liebe, Lust und Leid konnte Wilhelm Wiegrefe wohl auch in seiner Zeit als Pressesprecher der Berliner SPD und der Abgeordnetenhausfraktion zwischen 1977 und 1987 erzählen. Jetzt ist der ehemalige Leiter der Intendanz des RIAS Berlin und des Bereichs Zentrale Aufgaben im Deutschlandradio mit einem Lyrikprogramm unter diesem Titel in Berlin unterwegs. Nach einer musikalischen Lesung im Literaturhaus in der Fasanenstraße im Dezember liest Wilhelm Wiegrefe nun am 15. Januar in Begleitung von Anna Amalie Blomeyer, Evi Rijeki und Sonny Thet (Violoncello) in der Galerie ART-DEGO. Einen Einblick in das Programm gibt es im Internet unter <http://www.youtube.com/watch?v=oyU1SNE3LPI>

PM ☐

➔ Von Liebe, Lust und Leid - Großstadtlyrik und Violoncello, 15. Januar, 19 Uhr, Galerie ART-DEGO, Kyffhäuserstr. 10, 10781 Berlin. Eintritt: 10 Euro. Bitte unbedingt Plätze reservieren: 217 567 60, Mail: art.dego@gmx.de